



Wortprotokoll der 23. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 12. November 2014, 15:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal MELH 3.101

Vorsitz: Michael Brand, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 6

Öffentliche Anhörung zum Thema:

„Lage der Sinti und Roma in Deutschland und in
der EU - Ausgrenzung und Teilhabe“



Sitzung des Ausschusses Nr. 17 (Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe)

Mittwoch, 12. November 2014, 15:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Brand, Michael	Frieser, Michael
Fabritius Dr., Bernd	Kovac, Kordula
Heinrich (Chemnitz), Frank	Lengsfeld Dr., Philipp
Jüttner Dr., Egon	Steiniger, Johannes
Patzelt, Martin	Stockhofe, Rita
Steinbach, Erika	Vaatz, Arnold
Zertik, Heinrich	Weiler, Albert
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine	Erlor Dr. h.c., Gernot
Diaby Dr., Karamba	Mützenich Dr., Rolf
Finckh-Krämer Dr., Ute	Reichenbach, Gerold
Heinrich, Gabriela	Schulte, Ursula
Schwabe, Frank	Veit, Rüdiger
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Groth, Annette	Hänsel, Heike
Höger, Inge	Jelpke, Ulla
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Koenigs, Tom	Amtsberg, Luise
Nouripour, Omid	Schulz-Asche, Kordula

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17)

Mittwoch, 12. November 2014, 15:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

DIE LINKE.

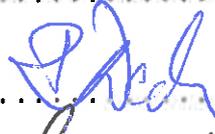
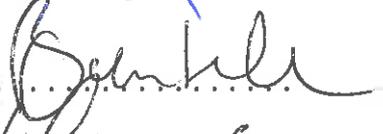
ÜBNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Wolfsleind	CDU/CSU	
Behn	CDU/CSU	
Beate Ueber	CDU/CSU	B. Ueber
R. Dech	CDU/CSU	
Bentele	Grüne	
Ulfosterweid	SPD	Ulfosterweid
W. Ueber	Grüne	W. Ueber

Sarah Best	Grüne	
Kim Weidenberg	DIE LINKE	
Brigitte Karthaus	SPD	
Kristin Dingeldey	Bündnis 90/Grüne	
Dr. Maria Blömer	CDU/CSU	
Kunze Boomer	Hörsing	
Hobin Patzelt	CDU/CSU	

Ausschuss
für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

*

23. Sitzung (ÖA) am 12.11.2014, 15:00 Uhr, MELH 3.101

Angemeldete Gäste EXTERN

	Name, Vorname	Geburtsdatum
1	Eckert, Manfred van	14.09.1955
2	Diekkamp, Victoria	31.01.1979
3	Sommer, Dr. Hanna	08.06.1976
4	Barth, Wolfgang	08.11.1954
5	Steinbeis, Maximilian	07.09.1970
6	Krauß, Joachim	13.05.1972
7	Cöster, Rebekka	22.02.1089
8	Bigalke, Daniel	12.02.1980
9	Esch, Wolfgang	30.06.1949
10	Pohle, Robert	07.10.1973
11	Wilker, Marie-Lisanne	01.07.1989
12	Bosák, Balázs	02.09.1988
13	Steffen, Arndt	31.01.1979

✓
✓
✓

✓

✓
✓
✓
✓
✓
✓
✓
✓

Herrmann, Lucile 08.02.1994
 KURZ, KARLA 20.02.1995
 Migo, Franca 20.10.1989
 Seekop Mbengue, Marie 10-05-1980
 Vinklá, Jona 20.01.1983
 Marian, Luca 01.01.1978
 Svetlana Kwanoo 18.11.1955
 Biffner, Denise 18.1.86
 Sawertej, Janna 20.07.1982
 Freilberg ✓



Tagesordnungspunkt 1

Lage der Sinti und Roma in Deutschland und in der EU

Ausgrenzung und Teilhabe

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber vor allen Dingen verehrte Gäste und Sachverständige. Ich darf sie ganz herzlich willkommen heißen zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe unter dem Titel „Lage der Sinti und Roma in Deutschland und in der EU – Ausgrenzung und Teilhabe“. Bevor ich zu den formalen Hinweisen und zur Vorstellung unserer Gäste im Einzelnen komme, möchte ich einige wenige Sätze zum Thema unserer heutigen Anhörung sagen. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages hat sich dieses Thema als Schwerpunkt ausgewählt. Es ist deshalb ein Schwerpunkt, weil wir anerkennen müssen, dass die Diskriminierung von Sinti und Roma bei weitem nicht ausgeräumt ist. Es sind nicht allein die Verbrechen, die im deutschen Namen den Sinti und Roma in der NS-Zeit angetan wurden, wir müssen auch feststellen, dass es Diskriminierung von Sinti und Roma in einer schärferen Form, als wir es heute hierzulande zu beklagen haben, in anderen Teilen Europas gibt. Zwar hat der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe auf einer Delegationsreise nach Rumänien, Bulgarien und Moldau zum Thema Menschenhandel sehr konkrete Gespräche über die Lage von Sinti und Roma dort und in anderen europäischen Ländern geführt. Im Rahmen unserer Arbeit sind wir aber auch für einen Blick nach innen, für unsere eigene Situation, verantwortlich. Daher haben wir darüber hinaus Informationsreisen und Besuche in deutsche Städte unternommen, nach Mannheim und Duisburg sowie am vergangenen Montag nach Berlin-Neukölln in die Harzer Straße, um uns vor Ort mit Betroffenen und Verantwortlichen ein möglichst umfassendes Bild zu verschaffen. Benjamin Marx hat uns dort begrüßt. Es war ein sehr eindrückliches Treffen, sein klarer Verstand und seine zupackende Art. Es ist eine Freude, wenn man auf solche Leute trifft, wenn es um Stereotypen und Vorurteile geht und darum, sie auszuräumen. Diese Erkenntnisse aus Reisen

sowie aus vielfachen Kontakten außerhalb dieser Reisen möchten wir heute vertiefen und in gewisser Weise auch einer Überprüfung unterziehen. Sowohl die negativen Eindrücke, aber natürlich auch die vorhandenen positiven Beispiele. Wir sind sehr froh, dass es uns, in einer klugen Verteilung gelungen ist, sowohl Vertreterinnen und Vertreter von Sinti und Roma als auch Verantwortliche und Experten aus der Wissenschaft heute hier zu haben. Wir versprechen uns davon einiges, was nicht nur für die Arbeit des Deutschen Bundestages, sondern auch die Arbeit vor Ort und für manche Impulse im europäischen Kontext hilfreich sein kann. Meine Traumvorstellung wäre, dass wir in nicht allzu ferner Zukunft das folgende Beispiel nicht mehr erleben, das in einer Dokumentation über die Diskriminierung von Sinti und Roma zu lesen war: Ein Roma-Student der Betriebswirtschaft auf dem Weg zum Wirtschaftsprüfer, einer der besten seines Jahrgangs, wurde gefragt, wie er es in seinem Freundeskreis mit seiner Herkunft hält. Er hat geantwortet: „Ich erwähne sie nicht, weil ich Angst habe, dass dann die Klappen runtergehen“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist insbesondere deshalb so tragisch, weil wir in unseren Gesprächen das Thema Bildung und den Zugang dazu immer auch als einen Schlüssel zur Integration benannt bekommen haben. Sowohl als Notwendigkeit, als auch als einen tatsächlichen Schlüssel zur Teilhabe. Nicht nur diese Anhörung, sondern auch unsere Arbeit insgesamt ist darauf ausgerichtet, dass wir die alltägliche Diskriminierung möglichst rasch und möglichst nachhaltig überwinden. Dass dies nicht immer einfach ist, darf nicht als Ausrede dienen, denn, was zählt, ist, dass wir es anpacken. Ich komme zu den erforderlichen formalen Hinweisen und zur Vorstellung unserer Sachverständigen. Dazu eine persönliche Bemerkung vorab: Romani Rose, auf den wir uns besonders gefreut hatten und auf dessen Beiträge wir sehr gespannt waren, ist leider kurzfristig erkrankt und kann deshalb heute nicht bei uns sein. Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus rasche Genesung und freuen uns auf den weiteren Austausch an anderer Stelle. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihr Einverständnis einholen, dass Abgeordnete anderer Ausschüsse Rede- und Fragerecht wie die



Mitglieder unseres Ausschusses haben. Es gibt eine aktuelle Liste der angemeldeten Abgeordneten aus anderen Ausschüssen, die mir vorliegt, und ich frage deshalb, ob das Ihr Einverständnis findet. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich möchte weiter einen Hinweis auf den öffentlichen Charakter der Sitzung geben. Es gibt eine Übertragung im Fernsehen, live im Hauskanal 3 und zeitversetzt um 17:30 Uhr bzw. nach dem Ende des Plenums im Hauskanal 1. Im Internet ist sie über die Mediathek des Deutschen Bundestages ebenfalls ab ca. 17.30 Uhr abrufbar. Ich komme zur Vorstellung der Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge: Ich darf bei uns Dr. Uda Bastians vom Deutschen Städtetag begrüßen. Ich darf auch einige ihrer biografische Daten aufführen: Studium der Rechtswissenschaften von 1991 bis 1997 mit wirtschaftswissenschaftlicher Zusatzausbildung an der Universität Osnabrück, Abschluss mit dem 1. Juristischen Staatsexamen, 1997 bis 2001 Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Max-Planck-Projektgruppe „Recht der Gemeinschaftsgüter“ in Bonn, Mai 2001 Promotion an der Universität Osnabrück, 1999 bis 2002 Referendariat beim Oberlandesgericht Köln, Abschluss mit dem 2. Juristischen Staatsexamen, 2002 bis 2003 Referentin für Jugend und Soziales beim Landkreistag Brandenburg, von 2003 bis 2007 Referentin im Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung/ Bundesministerium für Arbeit und Soziales und seit 2007 Referentin beim Deutschen Städtetag. Seien Sie uns herzlich willkommen. Ich begrüße weiterhin Professor Dr. Herbert Brücker. Er ist seit 2005 Forschungsbereichsleiter (Internationale Vergleiche und Europäische Integration) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und seit 2008 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bamberg, studierte Soziologie, Politik und Volkswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt a.M. und promovierte an der gleichen Universität 1994 in Wirtschaftswissenschaften. Im Jahr 2005 habilitierte er sich im Fach Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität in Berlin. Herbert Brücker war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Frankfurt, am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sowie Gastprofessor an der Aarhus School of Business. Seine

Forschungsschwerpunkte sind die Migrations- und Integrationsforschung, die Arbeitsmarktforschung und die Europäische Integration. Herzlich Willkommen bei uns. Ich darf außerdem Frau Gordana Herold begrüßen, Sprecherin und Initiatorin des europäischen Netzwerks Romane Romnja. Sie ist in Italien (Florenz) als Tochter bosnischer Tschergascha-Roma, der sogenannten Zelt-Roma, geboren. Frau Herold war als Moderatorin und journalistische Mitarbeiterin u.a. beim staatlichen Rundfunksender Sarajevo und beim Rundfunksender Vatikan tätig. Seit dem Jahre 2000 ist Gordana Herold als staatlich anerkannte Übersetzerin und seit 2004 als sozialpädagogische Familienhelferin tätig; seit 2010 ist sie Teilnehmerin der Internationalen Roma-Frauen Konferenzen und war 2013 Mitglied im Vorbereitungsteam zur IV. Internationalen Frauenkonferenz. Romane Romnja ist ein europäisches Netzwerk, das zum Internationalen Frauentag am 8. März 2010 in Deutschland gegründet wurde. Romane Romnja versteht sich als Plattform für Roma-Frauen und für Sympathisanten von Roma, mit dem Ziel, Roma-Frauen Raum zu geben, sich zu vernetzen, hervortreten zu können, sich politisch, sozial und kulturell zu engagieren und verschiedene Gender-Projekte durchzuführen. Ich darf Sie ganz herzlich willkommen heißen.

Wir freuen uns über das Kommen von Herrn Herbert Heuss, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, geboren 1954, Politikwissenschaftler, er arbeitet seit 1981 in der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in Deutschland und war am Aufbau des späteren Zentralrats Deutscher Sinti und Roma beteiligt. Von 1992 bis 2009 war in Südosteuropa mit dem Entwurf und der Umsetzung von Projekten zur Förderung lokaler Roma-Gruppen befasst. Er vertritt neben Romani Rose die deutschen Roma und Sinti im Minderheitenrat der vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands. Derzeit ist er wieder in Deutschland beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma tätig. Er ist bekannt durch diverse Publikationen zum Thema NS-Verfolgung und zur Situation von Roma in Europa.

Meine sehr geehrten Sachverständigen, ich darf Ihnen ganz herzlich für die Teilnahme an dieser



Anhörung danken. Die von den Sachverständigen im Vorfeld der Anhörung abgegebenen schriftlichen Stellungnahmen wurden an alle Mitglieder des Menschenrechtsausschusses und die Mitglieder der eingeladenen Ausschüsse versandt. Die Stellungnahmen liegen auch noch einmal vor dem Sitzungssaal aus und werden im Anschluss an die Anhörung auf der Internetseite des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe eingestellt. Ich möchte auch eine Bemerkung zum Ablauf der Anhörung machen: Die Sachverständigen haben in alphabetischer Reihenfolge Gelegenheit für kurze Eingangsstatements. Mein Vorschlag lautet, fünf bis maximal zehn Minuten. Anschließend wird es eine erste Frage- und Antwortrunde geben, wobei die Sachverständigen üblicherweise in umgekehrter Reihenfolge antworten, danach die zweite Frage- und Antwortrunde. Ich bin am Ende meiner Bemerkungen angekommen und darf noch einmal ein herzliches Dankeschön sagen an alle Gäste, die heute gekommen sind, die Interesse an diesem Thema zeigen, um mit Stereotypen und Vorurteilen aufzuräumen, um sich die Frage zu stellen, was wir, angefangen von den Kommunen über die Länder bis hin zum Bund, tun können. Ich darf als erstes Frau Dr. Uda Bastians das Wort geben.

Dr. Uda Bastians (Deutscher Städtetag): Sehr herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung in den Ausschuss, die uns als Deutschen Städtetag sehr gefreut hat. Ich muss allerdings vorwegschicken, dass wir zunächst überrascht waren über den Titel, denn unser Hauptthema in den letzten Jahren war eigentlich das, was wir „Armutszuwanderung“ genannt haben und was auch den medialen Diskurs beherrscht hat. Ich möchte betonen, dass das nur ein sehr kleiner Teil der Lage der Sinti und Roma in Deutschland und in der EU ist. Wir haben als Städtetag über die Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien diskutiert und ausdrücklich nicht über die Zuwanderung von Roma. Wir haben eine große Gesamtzuwanderung an Menschen, die sich hier wunderbar in Deutschland integrieren und die zu unserer Gemeinschaft auch Hervorragendes und Vieles beitragen. In den Städten konnte aber auch seit einigen Jahren beobachtet werden, dass ein kleiner Teil der zuwandernden Menschen die

Städte vor große Schwierigkeiten gestellt haben. Im medialen Diskurs ist daraus leider geworden, dass es sich dabei nahezu ausschließlich um Roma handele. Ich bin daher sehr froh und glücklich über die Gelegenheit, hier nochmal klarstellen zu können, dass es sich aus unserer Perspektive, bei dieser sogenannten Armutszuwanderung, überwiegend um bildungsferne Menschen handelt, die tatsächlich hier die Sozialleistungsstrukturen in Anspruch nehmen bzw. in Anspruch nehmen möchten. Wir haben aber keine Erkenntnisse, dass es sich dabei mehrheitlich um Roma handelt. Das wird in unserem Staat auch gar nicht erfasst. Insofern sind valide Aussagen dazu nicht möglich. Von dieser medialen Verkürzung müssen wir uns daher ausdrücklich distanzieren.

Wir dürfen keine Pauschalurteile über diese Personengruppe fällen und müssen die Städte unterstützen. Als wir unser Positionspapier veröffentlicht haben, war dies auch dem Gedanken geschuldet, dass die europäische Freizügigkeit vor dem Hintergrund der Probleme in den Städten auf Akzeptanzprobleme stieß. Wir haben auch bei Kommunalwahlen festgestellt, dass im Umfeld der sogenannten „Problemquartiere“ der Anstieg der Parteien am rechten Rand durchaus bemerkenswert war und insofern hielten wir ein Tätigwerden für erforderlich. Seitdem ist viel passiert. Die Bundesregierung hat den Staatssekretärsausschuss eingerichtet. Er hat erste Maßnahmen vorgesehen, die derzeit umgesetzt werden. Es sind auch finanzielle Mittel vorgesehen. Wir werden abwarten müssen, ob das ausreicht. Aus unserer Sicht sind noch Verbesserungen möglich und notwendig, aber es ist angekündigt, dass eine Evaluation der Maßnahmen erfolgen soll, das halten wir für sinnvoll. Wir sind natürlich auch erfreut über das Urteil des EuGHs vom gestrigen Tage, der festgestellt hat, dass nichterwerbstätige Menschen aus den europäischen Mitgliedsstaaten keinen Anspruch auf vollumfängliche Sozialleistungen haben. Insofern bleibt auch da abzuwarten, wie sich das weiter entwickelt. Als Vorbemerkung soll dies reichen. Dankeschön.

Prof. Dr. Herbert Brücker (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit): Herzlichen Dank Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, sehr



geehrte Damen und Herren. Auch für mich gilt eine ähnliche Vorbemerkung: Wir erheben in Deutschland keine Daten nach ethnischer Zugehörigkeit und ich bin Wissenschaftler, Volkswirt und Soziologe und kann darum zu vielen Fragen, die aufgeworfen wurden, nichts sagen, weil uns die notwendige Datengrundlage fehlt. Es gibt sehr viele Aussagen von Experten, die täglichen Umgang haben, in den Kommunen, als Sozialarbeiter, in den Behörden usw. Ich habe verschiedene dieser Expertenaussagen ausgewertet und warne davor, solche Aussagen zu verallgemeinern. Wir wissen häufig nicht, wer jetzt wirklich mit sozialen Problemlagen konfrontiert ist, um welche Gruppen es sich dabei handelt. Insofern unterstütze ich ausdrücklich, was eben Frau Bastians gesagt hat. Sowohl in Bulgarien als auch in Rumänien werden Daten nach ethnischer Zugehörigkeit erhoben. Da haben wir auch sozioökonomische Daten über Roma vorliegen. Nach den Volkszählungen sind etwa 3,2 Prozent der rumänischen, 4,4 Prozent der bulgarischen Bevölkerung Roma. Experten schätzen, da es sich um Selbstzuschreibungen handelt, dass der wirkliche Anteil doppelt so hoch liegt. Ich kann wenig dazu sagen, auf welcher methodischen Grundlage diese Schätzungen entstehen, aber wir haben immerhin die Zahlen der Volkszählung. Wir wissen, dass die Menschen dort sehr schlecht integriert sind. In Rumänien liegen die Beschäftigungsquoten bei den Männern bei 70 Prozent, bei den Frauen bei 20 Prozent, in Bulgarien bei den Roma-Männern nur bei 28 Prozent, bei den Frauen bei 20 Prozent. Wir machen ähnliche Beobachtungen im Bildungssystem. Die Ursachen sind sehr vielfältig und wurzeln aus meiner Sicht in der sehr langen Diskriminierung, die sich dann wiederum in der Diskriminierung durch Institutionen auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt niederschlägt. Ich kann dazu später gerne noch einmal detailliert Stellung nehmen, aber ich glaube, wenn wir über die Bekämpfung reden, müssen wir zunächst ganz grundsätzlich über die Bekämpfung der Diskriminierung reden und dann über einzelne institutionelle Maßnahmen. Da gibt es viel zu tun, im Bildungssystem, im Arbeitsmarkt, der Arbeitsvermittlung, dem Wohnungs- und Quartiermanagement. Ein zweiter Punkt ist, dass Bulgaren und Rumänen in bestimmten Kommunen und generell in Deutschland integriert

sind. Anlässlich der Stellungnahme des Deutschen Städtetages haben wir intensiv darüber geforscht, wie Bulgaren und Rumänen sich in Deutschland integrieren. Wir haben die etwas überraschende Feststellung gemacht, dass die Bulgaren und Rumänen noch im vergangenen Jahr zu den mit am besten integrierten Ausländergruppen in Deutschland gehört haben, wenn wir dies an Indikatoren wie Beschäftigungsquoten, Leistungsbezug, Arbeitslosenquoten messen. Diese Indikatoren erfassen aber nur einen Teil der sozialen Wirklichkeit. Wir haben auch Phänomene wie Obdachlosigkeit, unzureichende Gesundheitsversorgung, die diese Kommunen betreffen. Ich glaube, es ist trotzdem wichtig, dass wir uns auch ein nationales Bild machen von der Gruppe insgesamt, weil durch die mediale Verkürzung - teilweise auch provoziert durch politische Stellungnahmen - ein schiefes Bild entstanden ist. Ich nenne nur einmal eine Zahl, die vielleicht Erstaunen hervorrufen wird: Die Bulgaren und Rumänen gehören zu der Ausländergruppe in Deutschland oder überhaupt zu der Bevölkerungsgruppe, die am wenigsten Kinder hat. Der Anteil der Kindergeldbezieher in der Bevölkerung beträgt 15,5 Prozent, in der deutschen Bevölkerung 16,5 Prozent. Wir haben aber ein mediales Bild, dass diese Bevölkerungsgruppe hierher kommt, um Kindergeld zu beziehen. Ich halte dieses Bild vor dem Hintergrund der vorliegenden statistischen Zahlen für nicht haltbar. Das ist nur ein Beispiel unter vielen. Wir haben aber Probleme, und zwar erhebliche Probleme, weil sich die Lage unterscheidet, insofern sie auf dem Land besser als in den Städten ist. In den Städten haben wir wiederum ein starkes Gefälle zwischen den südlichen Kommunen, wo die Lage im Großen und Ganzen in Ordnung ist. In den Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bremen und Hamburg haben wir zum Teil dramatische Probleme. Wir haben in all diesen Kommunen sehr niedrige Beschäftigungsquoten. Es gibt in einem Teil der Kommunen, nicht in allen der betroffenen Kommunen, sehr hohe Quoten von Beziehern von SGB II - Leistungen und dazu noch eine Reihe von anderen Problemen, über die noch zu reden sein wird. Wir können diese Probleme nicht ethnisch zuordnen. Ich halte es auch nicht für sinnvoll, so etwas zu tun. Was kann man tun?



Die Maßnahmen sind natürlich vielfältig. Ich glaube, die Schlüsselfragen sind die Wohnungspolitik und das Quartiermanagement. Das ist die Voraussetzung für die Integration, später den Arbeitsmarkt, und da gibt es am meisten zu tun. Es geht aber auch um andere Fragen wie Integration in das Bildungssystem, Nachqualifizierung von Abschlüssen, Arbeitsvermittlung usw. Ich kann gerne später im Detail dazu noch einmal Stellung nehmen. Wenn Sie mir noch erlauben, Herr Vorsitzender, eine letzte Bemerkung zu der Frage der Diskriminierung in Deutschland zu machen. Ich bin kein Diskriminierungsforscher, aber ich möchte etwas sagen zu der Debatte, die hier über Rumänien und Bulgarien in Deutschland geführt worden ist, die ich sehr kritisch beurteile. Es hat diese Diskussion - ich spreche es hier ganz offen an - gegeben, dass, wer betrügt, der fliegt. Das war Teil einer politischen Kampagne. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir 195 tatverdächtige Bulgaren und Rumänen haben, die nach der Statistik der deutschen Polizei im Hinblick auf den Sozialmissbrauch als verdächtig gelten. Tatverdächtige, nicht Verurteilte! Diese Quote ist, bezogen auf die Leistungsbezieher, geringer als in der deutschen Bevölkerung. Ich denke, es wäre sinnvoll gewesen, bei der Vorstellung des Berichts des Staatssekretärsausschusses darauf auch hinzuweisen, um Diskriminierung in Deutschland entgegenzuwirken. Ich glaube, wir haben einige Fehler hinsichtlich der Art und Weise gemacht, wie wir diese Debatte geführt haben. Das heißt nicht, dass wir nicht auf die Probleme - und diese Probleme sind den Kommunen zum Teil dramatisch und gravierend - hinweisen sollen. Es geht darum, dass wir das transparent tun, dass wir die Quellen transparent machen, dass wir sorgfältig vorgehen und vermeiden, durch eine falsche Darstellung das Bild der bulgarischen und rumänischen Bevölkerung - und wir wissen, wie das medial passiert - und damit auch die Integration der Roma, die hier zugewandert sind, in der Öffentlichkeit zu verzerren. Ich glaube, da sind Fehler in der politischen Debatte in Deutschland gemacht worden. Ich danke ihnen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Professor Brücker. Ich freue mich, dass Gordana Herold bei uns ist. Uns ist übrigens gemeinsam, dass wir eine Zeit lang in der

wunderschönen Stadt Sarajevo gelebt haben! Sie haben das Wort.

Gordana Herold (Romane Romnja Initiative): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, Frau Bastians, Herr Brücker und Herr Heuss, sehr geehrte Damen und Herren, ich danke dem Ausschuss für die Einladung zur Teilnahme an der öffentlichen Anhörung. Insbesondere ein Dankeschön, dass endlich der Themenkomplex der Roma-Frauen im Bundestag Berücksichtigung findet. „Romane Romnja“ sieht es als große Herausforderung, die Lage der Roma-Frauen in Europa und auch in Deutschland zu verbessern, aber auch als dringliche Notwendigkeit, die Herausforderungen, die da sind, endlich anzunehmen und voranzubringen. Da gilt es, eine Roma-Politik zu entwickeln, in die auch eine Politik für Roma-Frauen eingebettet ist, die wiederum in eine gesamtgesellschaftliche Politik der jeweiligen Nationalstaaten einzugliedern ist. Es kann keine einheitliche gesamteuropäische Roma-Strategie oder Roma-Politik entwickelt werden, denn dafür ist die Lage in den jeweiligen Ländern und Städten Europas zu unterschiedlich. Es kann jedoch ein gemeinsames Ziel sein, die Lage der Roma insgesamt zu verbessern und die zentrale Aufgabe, Antidiskriminierung, den Schutz vor Diskriminierung, voranzubringen und Ablehnung, Ausgrenzung und Vorurteile abzubauen, denn die Lage der Roma in den jeweiligen Ländern und Städten Europas ist sehr bedrückend. Das belegen einige Berichte aus Deutschland und aus anderen europäischen Ländern. Die jeweiligen Länder Europas und auch die jeweiligen Städte können nur insoweit die Lage zu verbessern versuchen, wie es ihre Strukturen und Budgets zulassen. Lassen Sie mich zunächst etwas Allgemeines zum dem Thema Roma sagen und im Anschluss dann etwas zum Thema Roma-Frauen. Roma stehen aufgrund ihres negativen Images, Bildungsdefiziten und fehlender Lobby im Spannungsfeld zwischen Arbeitsmarkt, Staat, ökonomischen Zwängen und Gesellschaft. „Romane Romnja“ hat eine Modelldifferenzierung vorbereitet, um die Vielfalt der Roma in Deutschland besser zu verstehen. Jede dieser Gruppen ist in einer anderen rechtlichen Lage. Die Folie zum Modell „Edurom“ liegt ihnen vor. Wir haben in Deutschland die autochthonen Sinti



und Roma, die seit Jahrhunderten schon in Deutschland sind. Sie sind in der Minderheitenpolitik anzusiedeln, sind seit 1982 als nationale Minderheit anerkannt und können alle daraus resultierenden rechtlichen Rahmenbedingungen ausschöpfen. Unter den Roma aus der Gastarbeitergeneration aus dem ehemaligen Jugoslawien, Griechenland, Spanien und der Türkei und deren Nachkommen sind viele mittlerweile eingebürgert worden oder sind Träger von Rechtstiteln, die ihnen alle Zugänge zur gesellschaftlichen Partizipation ermöglichen. Die öffentlichen Debatten aufgrund von Belastungen und Wahrnehmungen in Deutschland und in anderen Ländern Europas beziehen sich nicht auf diese Gruppen, jedoch wird dies in den Debatten zu selten differenziert. Aus der Modelldifferenzierung können Sie die nächste Gruppe entnehmen, die den Status als Flüchtlinge oder Asylbewerber hat, die wir noch einmal unterteilt haben – „Romane Romnja“ differenziert das so – wie Sie das in der Modellskizze „Edurom II“ vorliegen haben. Jede dieser Gruppen hat aufgrund ihrer rechtlichen Lage einen besseren oder weniger guten Zugang zu den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeit und politische Partizipation. Wir haben die Gruppe Roma-Flüchtlinge in drei Untergruppen unterteilt, in „Flüchtlinge ALT“, „Flüchtlinge im TRANSIT“ und „Flüchtlinge NEU“. „Flüchtlinge ALT“ sind seit über 20 Jahren, insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien, hier in Deutschland präsent und leben hier schon fast in der zweiten oder sogar in der dritten Generation mit einem Flüchtlingsstatus. Die „Flüchtlinge TRANSIT“ sind Flüchtlinge, die seit dem Zusammenbruch Jugoslawiens immer wieder aus Deutschland abgeschoben oder zur freiwilligen Ausreise aufgefordert werden und dann wieder in ein anderes europäisches Land müssen. Diese Gruppe ist sehr stark präsent und wird sehr stark negativ wahrgenommen. Dann haben wir „Flüchtlinge NEU“, die zum ersten Mal tatsächlich aus den Balkan-Ländern nach West-Europa oder zum Beispiel hierher nach Deutschland einreisen. Wir haben dann natürlich die andere Gruppe aus der Modellfolie, die Roma aus den EU-Mitgliedsstaaten, die seit 2005 aufgrund der Freizügigkeitsregelung nach Deutschland einreisen dürfen. Diese letzten beiden Gruppen, Roma-Flüchtlinge und Roma aus den neuen EU-

Mitgliedsstaaten, werden in Deutschland sehr stark wahrgenommen, wobei jedoch immer wieder über die gesamten Roma gesprochen wird. Es ist sehr wichtig, in den Debatten, die geführt werden, die Gruppen deutlich zu differenzieren. Man muss auch differenzieren, in welchem Bereich diese Roma-Gruppen zu thematisieren und zu verorten sind. Für Sinti und Roma, die schon seit Jahrhunderten hier sind sowie Roma, die aus der Generation der Gastarbeiter hier sind und deren Nachkommen, ist eben die Minderheitenpolitik zuständig. Da können in Deutschland alle Möglichkeiten aufgrund dieses Status ausgeschöpft werden. Aber für Roma-Flüchtlinge und Roma aus den neuen EU-Ländern gilt das nicht. Da sind Differenzierungen zu machen und die unterschiedlichen Gruppen müssen unterschiedlich verortet werden. Die Lage der Roma-Frauen wurde bislang im Maßnahmenpaket zur Integration und Teilhabe von Sinti und Roma-Frauen nicht berücksichtigt. Diese fehlende Berücksichtigung erschwert erheblich den Abbau der Mehrfachdiskriminierung. Diese oft negativen Wahrnehmungen basieren darauf, dass in den dargestellten Gruppen der Flüchtlinge „ALT“ und „TRANSIT“ Frauen oft in traditionellen Strukturen leben und nicht selbstbestimmt ihren Lebensalltag gestalten können. Ebenso in der Gruppe der neu Zugewanderten nehmen NGOs und lokale Behörden immer mehr wahr, dass Frauen in der Prostitution tätig sind. In Europa gibt es eine Handvoll von bekennenden Roma-Frauen, die sich für eine Imageverbesserung der Roma-Frauen engagieren. Die Aufgaben einer Roma-Frauenpolitik ist es klarzustellen, dass negative soziale und politische Entwicklungen immer die Schwächsten in der Gesellschaft treffen und dass das insbesondere die Roma-Frauen sind. In den verschiedenen Berichten der EU, wie zum Beispiel im Bericht von 2012 der Agentur der Europäischen Union für Europäische Grundrechte oder im Bericht aus dem Jahre 2006 des Berliner Instituts für vergleichende Sozialforschung im Auftrag der Europäischen Union, dem Ausschuss für Rechte der Frau und Gleichstellung, werden Roma-Frauen als die am meisten gefährdeten Frauen identifiziert. Es gibt eine informelle Studie der Initiative „Romane Romnja“, die folgendes festgestellt hat: Es gibt nicht eine einzige bekennende Roma-Frau in einem politischen



Gremium in Deutschland. Die Frauen-Politik in Deutschland hat bislang die Roma-Frauen und Roma-Mädchen nicht berücksichtigt. Es haben sich Mitarbeiter, Fachpersonen aus 21 Migrantenorganisationen aus Deutschland an der Studie von „Romane Romnja“ im September 2013 beteiligt. Die Umfrage ergab, dass bis dahin die Migrantenorganisationen keinen Kontakt zu Roma-Frauen hatten, keine Angebote für Roma-Frauen hatten und auch Roma-Frauen in schon für Frauen bestehende Angebote nicht involviert waren. Dieses Ergebnis steht exemplarisch für eine Nicht-Berücksichtigung der Roma-Frauen in der Gesellschaft. Zur Studie gehörte auch eine Recherche über bestehende Roma-Frauen-Gruppen und Angebote für Roma-Frauen. Die Recherche ergab, dass es eine Handvoll von Projekten von und für Roma-Frauen und Roma-Mädchen gibt, wie zum Beispiel „Karola e.V.“, die schon seit über zwanzig Jahren soziale Dienste für Roma-Frauen und Roma-Mädchen in Hamburg anbieten. Es gibt noch weitere kleine Initiativen wie zum Beispiel „Ini Romnja“ hier in Berlin. Es gibt „Romane Romnja“ in Nordrhein-Westfalen und es gibt in Hamburg, Düsseldorf, Berlin usw. kleine Gruppen, die alle noch im Aufbau sind. Aber eine Berücksichtigung der Behörden, der Kommunalpolitik, der Regionalpolitik oder der Bundespolitik, um diese Frauen-Initiativen oder aktive Frauen zu fördern und tatsächlich ein Frauennetzwerk in Deutschland aufbauen zu können, existiert bislang nicht. Da ist es dringend erforderlich, dass die Politik auf Bundesebene ein Mandat erteilt, um politisch handeln zu können, um eine Stelle einzurichten, die das Roma-Frauen-Thema initiiert, um präzise politische Handlungsstrategien entwickeln zu können, um einen Roma-Frauenförderplan mit Zielvereinbarung aufstellen und einhalten zu können. Der Ansatz des Roma-Frauenförderplans soll nicht nur das Augenmerk auf die Defizite lenken, damit die komplexe Thematik der Roma-Frauen in der gesamtgesellschaftlichen Politik verortet werden kann. Der Roma-Frauenförderplan soll auch einen Appell enthalten an die Roma-Frauen selbst: „Traut euch, seid mutig, fördert die aktive Teilhabe und Partizipation.“ In Deutschland fehlen die finanziellen Mittel und politischen Handlungsstrategien, insbesondere der politische Wille in Bezug auf die Förderung von Roma-

Frauen, wie er zum Beispiel in Finnland und Schweden schon vorhanden ist. Die Politik und die Gesellschaft, insbesondere aber die Roma-Frauen und ihre Familien, werden sich in den nächsten Jahren immer mehr dem Veränderungsprozess in Richtung Emanzipation und Partizipation stellen müssen. „Romane Romnja“ stellt folgende Forderung an die Politik: Den Bildungsgrad bei den Roma-Frauen zu erhöhen, den Analphabetismus zu senken, denjenigen Frauen, die in Not sind und Hilfe benötigen, auch Hilfe an die Seite zu stellen, außerdem in den bestehenden Roma-Büros, die es in Deutschland schon gibt, einen Bereich zu eröffnen, wo es speziell um die Angelegenheiten von Roma-Frauen geht, und in Deutschland eine Roma-Frauenbeauftragte in Deutschland zu berufen. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Herold, für Ihre konkreten Hinweise und auch für die konkreten Forderungen. Ich darf das Wort weitergeben an Herbert Heuss.

Herbert Heuss (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Es ist ja schon auf die unterschiedlichen Gruppen, die in Deutschland leben, hingewiesen worden. Das gilt natürlich auch für die Herkunftsländer. Für Rumänien werden von den unterschiedlichen Ethnologen über 50 verschiedene Gruppen gezählt. Das heißt, es kann nicht die Rede davon sein, dass „die Roma“ für irgendetwas verantwortlich oder zuständig sind. Es ist eine sehr stark differenzierte und stratifizierte Gruppe, über die wir hier reden. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat, als die Europäische Kommission an die Mitgliedsstaaten den Bedarf nach nationalen Strategien und deren Umsetzung kommuniziert hat, diese Initiative sehr begrüßt, hat aber gleichzeitig gesagt, dass für Deutschland eine nationale Strategie nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss ist, wobei man sagen muss, der Unterschied zwischen integrierten Maßnahmenpaketen und einer nationalen Strategie ist wahrscheinlich vernachlässigbar, wenn man sich die konkreten Probleme in den Kommunen anschaut. Aber was bei einer nationalen Strategie impliziert wird, ist, dass die gesamte Gruppe von Sinti und Roma - egal ob sie seit 600 Jahren in Deutschland leben oder jetzt



neu zugewandert sind - als ein großes soziales Problem identifiziert wird und damit eine Stigmatisierung verbunden ist, die in Deutschland eine lange Tradition hat und auch auf alten Vorurteilsstrukturen aufbaut. Bis in die 70er Jahre hinein sind Sinti und Roma in Deutschland nur als soziales Problem wahrgenommen worden. Es gibt dabei verblüffende Parallelen zu den sozialistischen Staaten in dieser Zeit, in denen eben auch von Roma nur als sozialpolitischem Problem die Rede war, die dann eben in das Proletariat integriert werden müssten, was in einigen Ländern auch relativ gut funktioniert hat. Vor der Wende waren in Ungarn etwa 85 Prozent der Roma in Arbeit, die aktuellen Zahlen haben sich fast umgedreht. In Ungarn sind jetzt 15 Prozent der Roma in Arbeit. In Bulgarien haben wir gerade 28 Prozent. Das sind in der Tat erschreckende Zahlen. Wenn wir auf die Situation in den Herkunftsländern eingehen, dann wirkt das, was bislang getan wird, kaum. Der Zentralrat hat auf dem Summit der Europäischen Union im April dieses Jahres gesagt, dass die Wohnsituation eigentlich das Kernproblem in einer ganzen Reihe von Ländern darstellt. Wenn große Gruppen in wirklich menschenunwürdiger Wohnsituation leben, dann betrifft das den Zugang zu Bildung, zu Arbeit, zu Gesundheitsversorgung. Es betrifft eigentlich jeden täglichen Lebensbereich, der dann wirklich blockiert ist, und macht deutlich, dass da umfassende Wohnungs- und Umbauprogramme notwendig sind, die aber, soweit wir das sehen, bislang von den Mitgliedsländern kaum umgesetzt werden. Auf dem Summit wurde im April auch von Seiten der Europäischen Union festgestellt, dass die Umsetzung der Strategie verbesserungsfähig sei. Der Zentralrat hat deshalb vorgeschlagen, einen Europäischen Fonds aufzusetzen, der auch unabhängig von den Regierungen in den Mitgliedsländern unmittelbar auf die lokale Ebene zugreifen und dort agieren kann. Das wäre ein Instrument, mit dem man in den Herkunftsländern, zumindest wenn das klug und mit einer lokalen Ressourcenanalyse einigermaßen vorbereitet passiert, Verbesserungen vor Ort erreichen kann, die bislang so gut wie ausgeblieben sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass am 24. Oktober 2012 das Nationale Mahnmahl für die Opfer von Sinti und Roma

während des Nationalsozialismus in Berlin eingeweiht worden ist. Am Tag darauf hat damals Innenminister Friedrich die Zuwanderungsdebatte angestoßen und diese Zuwanderungsdebatte ist, auch wenn von Seiten der Politik - soweit ich das zumindest für Herrn Friedrich sagen kann - nie von Roma die Rede war, in der Öffentlichkeit unter dem Stichwort „Armutszuwanderung“ fast ausschließlich am Thema Roma durchexerziert worden. Das heißt, es wurde eine Unterscheidung gemacht zwischen nützlicher Zuwanderung, die man gerne haben will, und einer Armutszuwanderung, die man abwehren muss. Herr Brücker hat schon gesagt, dass die Zahlen und Fakten solche Thesen überhaupt nicht stützen, aber in der Öffentlichkeit ist das Bild entworfen und von den Medien aufgegriffen worden, dass es eine Zuwanderung von Roma gibt und die stelle das Problem dar. Diese Ethnisierung der Zuwanderungsdebatte hat massive Auswirkungen nicht nur auf die Zuwanderer gehabt, sondern auch auf die Sinti und Roma in Deutschland, die hier schon seit Generationen leben, weil nämlich diese Diskussion später von rechtsextremen Parteien aufgegriffen worden ist. Die NPD hat ihren Wahlkampf damit gemacht, in Nordrhein-Westfalen waren es „Pro NRW“ und andere Organisationen. Es hat Demonstrationen vor einzelnen Wohnhäusern gegeben oder zumindest Versuche von Rechtsextremen. Das hat den sozialen Frieden massiv gestört und sorgt dafür, dass die Minderheit hier in Deutschland lebender Roma sich mit antiziganistischen Parolen mehr und mehr auseinandersetzen muss und wir zudem auch über das Internet mit massiven Kampagnen konfrontiert sind. Wir bekommen im Büro des Zentralrats jetzt vermehrt wieder E-Mails und derlei unappetitliche Dinge zugesandt. Das ist eine Folge dieser Debatte. Ich will nicht unbedingt sagen, dass der Antiziganismus in Deutschland nun besonders hoch ist, auch wenn die Umfragen belegt haben, dass unter allen Minderheiten in Deutschland die Ablehnung von Sinti und Roma weitaus am höchsten ist. Aber diese Debatte hat jedenfalls die bestehenden Vorurteile neu geschürt und verschärft und das ist eine Situation, die wir für bedenklich halten. Eine Forderung war ja dann auch, und ist es nach wie vor, dass der Deutsche Bundestag eine Expertenkommission berufen möge, die die Entwicklung des



Antiziganismus in Deutschland beobachtet und einmal pro Legislaturperiode darauf im Bundestag eingeht. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu den Fragen nach den Roma-Frauen machen, was nicht unbedingt mein Thema ist. Ich habe durchaus das Gefühl, dass Fragen durchaus auch Diskriminierung transportieren können. Wieso wird bei Roma-Frauen gefragt nach patriarchalen Traditionen, die das einschränken? Im Deutschen Bundestag gab es wiederholt Debatten, wo gesagt wurde, die häusliche Gewalt bei Roma müsse ein Ende haben, der Zugang zu Gesundheitssystemen setze voraus, dass Männer nicht mehr ihre Frauen prügeln und derlei Dinge. Das würde man sich bei keiner anderen Minderheit erlauben. Würden sie einfach mal eine Verschiebeprobe machen und sagen, wie sieht das mit den patriarchalen Strukturen bei den Juden in Deutschland aus? Ist das ein Problem für die Frauen bei traditionellen Juden? Da kommt man auf eine sehr schiefe Ebene, die den Roma generell unterstellt, gewissermaßen eine vormoderne Lebensweise zu haben, die dann wiederum der Grund dafür ist, dass sie eigentlich an der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind. Ich will dazu sagen, beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma arbeiten eine ganze Reihe von Roma-Frauen, einige aus Rumänien, andere sind deutsche Sinti. Die nationale und die internationale Bürgerrechtsarbeit ist immer auch von Frauen mitbegleitet worden, hier in Deutschland genauso wie international. Vielleicht nicht genug, keine Frage, aber das gilt für alle anderen Strukturen auch. Ich danke Ihnen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, lieber Herr Heuss. Bevor wir in die Fragerunde kommen, möchte ich einen ganz besonderen Gast bei uns begrüßen. Er hat auf der Besuchertribüne Platz genommen. Es ist Mario Marazziti, der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses der italienischen Abgeordnetenversammlung. Wir freuen uns sehr, dass Sie bei uns sind und dieser Debatte folgen. Ich glaube, es ist eine Debatte, die uns alle in Europa betrifft. Es gibt eine Reihe von Herausforderungen – auch wenn ich an die Beitrittsverhandlungen mit Serbien denke – die darin bestehen dass die jeweiligen Länder mit ihren Minderheiten ordentlich umgehen. Wir freuen uns sehr, dass Sie heute bei uns sind. Vielen Dank für das Kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beginnen mit der Fragerunde. Ich schlage vor, dass wir die Stärke der Fraktionen und gleichzeitig das Prinzip von Rede und Gegenrede berücksichtigen, sodass wir jetzt beginnen mit der CDU/CSU - Fraktion. Kollege Heinrich hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. **Frank Heinrich** (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ganz herzlich Dank an die Sachverständigen sowohl für die schriftlichen als auch jetzt die mündlichen Ausführungen. Ich möchte jedem von Ihnen eine Frage stellen. Frau Dr. Bastians, die Schwierigkeiten sind unterschiedlich geschildert worden. Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, suchen Arbeit, besser bezahlte Arbeitsverhältnisse als in ihrem Heimatland, ganz gleich, welcher Gruppe sie zuzuordnen sind. Roma und Sinti haben allerdings durch die existierenden Vorurteile und oft mangels Ausbildung besondere Schwierigkeiten. Auf der einen Seite stoßen sie auf Unwissenheit und Bürokratie, haben Schwierigkeiten, den richtigen Anschluss zu finden. Das ist immer wieder auf unterschiedliche Weise beschrieben worden. Auf der anderen Seite behaupten Kommunen - oder zumindest hört man das immer wieder - wie Duisburg, Dortmund oder Berlin, dass sie beim Integrationsprozess zumindest alleine gelassen werden bzw. überfordert sind und dass es nicht genügend Kapazitäten gibt, um diesen Prozess gut zu gestalten. Wie können Kommunen, Bund und Vertreter von Heimatländern gemeinsam diese Schwierigkeiten überwinden? Was gibt es für internationale und deutsche Ansätze? Gibt es da konkrete Ansätze und auch politischen Willen in den Ländern, mit denen wir zusammenarbeiten müssten? Die Zahlen, die ich in einem der Antworten gesehen habe, dass der Abruf der europäischen Mittel sehr begrenzt war, lässt doch zumindest darauf schließen, dass da etwas dran ist. Gibt es zum Beispiel Ideen auf europäischer Ebene, Twinning-Projekte, Know-How-Transfer? Eine Frage an Sie, Professor Brücker: Gibt es positive Beispiele? Ich habe gern gehört, was Sie geschildert haben, das sind durchaus prägnante Beispiele. Gibt es auch positive Beispiele von Integration in Deutschland, die man noch weiter tragen könnte? Und wie könnten diese, wenn sie noch nicht in der Öffentlichkeit bekannt sind, da hingebracht werden, denn „konstruktiv verwertet



werden“ ist vielleicht ein falscher Ausdruck. Wenn wir kritisieren, dass die Medien das oft negativ aufnehmen, dann müssten wir versuchen, sie zumindest mit etwas anderem zu füttern, Sie und wir.

Ich möchte mich auf Ihren letzten Kommentar beziehen, Herr Heuss. Sie hatten ja in ihrer Stellungnahme geschrieben, dass sich die Situation der Roma-Frauen nicht von der der Roma-Männer unterscheidet, zumindest im Groben nicht, weil die Diskriminierung die gleichen Ursachen hat. Und Sie haben auch geschrieben, was Sie gerade noch einmal gesagt haben, dass diese Frage nach den patriarchalischen Traditionen der Roma-Familien diesen Antiziganismus im Grunde unterfüttert. Da würde ich gerne wissen, Frau Herold, wie Sie darauf reagieren, ob Sie das bestätigen können, ob Sie die Auseinandersetzungen kennen und wie Sie das sehen.

Herr Heuss, Sie vertreten 60 000 Sinti und 10 000 Roma im Zentralrat, vertreten die Interessen beider Gruppen. In der Stellungnahme haben Sie jedoch fast nur auf die Roma Bezug genommen. Da würde ich jetzt gerne, dass Sie vielleicht noch einmal explizit die Seite der Sinti schildern. Dankeschön.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE. hat sich Frau Kollegin Höger zu Wort gemeldet.

Abg. **Inge Höger** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich habe eine Frage an Frau Bastians. Sie hatten ja in Ihrer Stellungnahme unter anderem darauf hingewiesen, dass es erforderlich ist, mehr Wissen über historische und heutige Diskriminierungssituationen der Roma aufzuarbeiten, also dass insbesondere die Verfolgung der Roma im Holocaust nicht aufgearbeitet worden sei und dass der Antiziganismus zum Teil wirklich noch auf dieser nicht aufgearbeiteten Geschichte beruht. Wie kann aus Ihrer Sicht dem heutigen Antiziganismus wirksam begegnet werden?

Es gab bei Herrn Heuss in der Stellungnahme einen Hinweis auf besondere Diskriminierung von Seiten der Polizei und Strafverfolgungsbehörden. Dass es da bestimmte Schablonen gibt, die dann dazu führen, dass Roma besonders diskriminiert werden, fällt ja in die gleiche Kategorie. Da hätte

ich auch gerne noch einmal gewusst, was man da tun kann.

Herr Heuss, Sie hatten darauf hingewiesen, dass die europäischen Integrationsprogramme zum Teil gerade in Bulgarien und Rumänien nicht abgerufen worden sind. Das entspricht auch unserer Erfahrung, als wir die Reise als Ausschuss in diese Länder gemacht haben. Es gibt da scheinbar hohe bürokratische Hürden, die davon abschrecken. Sie hatten jetzt einen Fonds vorgeschlagen, aber ich habe das so verstanden, dass Sie das nur für Deutschland meinen. Als Ausschuss schauen wir ja nicht nur die Situation hier in Deutschland an, sondern haben in diesen Ländern unter anderem auch die besonders diskriminierende Wohnsituation mitbekommen. Zur Frage der Frauen, da ist mir jetzt Herr Heinrich zuvorgekommen. Das werden wir dann beantwortet bekommen, sonst frage ich noch einmal nach.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Heinrich das Wort.

Abg. **Gabriela Heinrich** (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte vorab sagen, dass ich mich nochmal herzlich bedanken möchte im Namen meiner Fraktion für die sehr differenzierten Stellungnahmen, die Sie gebracht haben. Der Vorsitzende, Herr Brand, hat es ja schon erwähnt, wir haben verschiedene Termine in verschiedenen Städten zu dem Schwerpunktthema gemacht, das wir uns unter der erwähnten Überschrift als Ausschuss gegeben haben. Ich bin mir allerdings nach dem Lesen ihrer Stellungnahmen nicht mehr so sicher, ob dieses Thema eigentlich diese Überschrift haben sollte.

Ich habe an jeden von Ihnen eine Frage und fange von links nach rechts an: Frau Dr. Bastians, im Papier vom Städtetag steht die Quote der Abrufungszahlen für Bulgarien und Rumänien. Meine Frage an dieser Stelle lautet, wie hoch denn die Abrufungsquote für Deutschland ist. Es ist so, dass wir durchaus mitbekommen, dass auch die deutschen Kommunen die EU-Mittel nicht in dem vorhandenen Maße abrufen, wie sie es könnten. In dem Papier habe ich unter anderem gelesen, dass auch an die Länder gerichtete Hilfestellung als Forderung möglich wäre. Dies zu



den EU-Mitteln. Bei Ihnen habe ich noch eine zweite Frage zur Auswanderungsberatung, die Sie angeführt haben. Ich kenne Auswanderungsberatung aus klassischen Einwanderungsländern wie Kanada zum Beispiel. Wir haben eigentlich damit wenig Erfahrung oder sehen Sie das anders? Gibt es bereits Länder, wo Auswanderungsberatung stattfindet und wie denken Sie, müsste dies entsprechend unterfüttert werden?

Dann habe ich an Herrn Professor Dr. Brücker eine Frage zur Arbeitsmarktintegration: Sie haben ja die Fragen Wohnungssituation, Arbeitsmarktintegration besonders angesprochen. Wir haben uns in Duisburg ein Projekt, durch EU-Mittel finanziert, anschauen können. Wie schätzen Sie das ein, welche Form von Qualifizierung brauchen wir für diejenigen, die tatsächlich mit wenig Bildung und Qualifizierung zu uns kommen, und ist hier eine Arbeitsmarktintegration möglich? Ist unser Arbeitsmarkt in der Lage, hier auch tatsächlich nochmal die Menschen zu integrieren?

Zu Frau Herold hat eigentlich Herr Heinrich schon ganz schön etwas gesagt. Ich habe noch eine Verständnisfrage: Sie sagen die Mehrheit der Bevölkerung hat ein bestimmtes Bild einer Roma-Frau vor Augen, das nicht dem Bild der gesamten Minderheit entspricht. Könnten Sie das noch einmal herausarbeiten, weil ich es so verstanden habe, dass das ja praktisch ein Bild der Mehrheit gegenüber der Minderheit ist? Auch die Frage, ob man „patriarchale Strukturen“ sagen darf, würde mich interessieren. Ich glaube, dass wir in ganz vielen Fällen des Zusammenlebens zwischen Männern und Frauen von patriarchalen Strukturen sprechen, von Minderheiten oder auch von Ethnien völlig abgesehen. Da würde mich Ihre Meinung interessieren.

An Herrn Heuss die Frage: Sie haben das Thema Holocaust angesprochen, der sehr späte Beginn der Aufarbeitung, die sehr späte Initialisierung des Denkmals. Mehrere von Ihnen haben die Debatte, die den Rassismus gegenüber Sinti und Roma in Deutschland verschärft hat, angesprochen. Jetzt sind wir ja hier, um nach vorne zu schauen, um zu versuchen, hier entgegen zu steuern. Sie haben auch eine Expertenkommission mit einem Bericht über die Entwicklung erwähnt. Ich wüsste ganz gerne, welche Ideen Sie noch haben, weil eine

Expertenkommission auf Bundesebene ist das eine, aber in die Köpfe der Leute reinzukommen, ist ja nochmal eine andere Fragestellung. Welche Vorstellung, welche Forderungen haben Sie in Richtung Anerkennung und Teilnahme?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollege Tom Koenigs das Wort.

Abg. **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bedanke mich auch sehr herzlich für die Stellungnahmen, die wir ja auch schriftlich haben. Das heißt, dass, was hier nicht gesagt wird, kann man zum Teil lesen. Ich möchte zunächst Frau Bastians danken, dass sie das, was die Debatte ausgelöst hat, hier noch einmal wiederholt hat, nämlich solche „Unworte“ wie Armutszuwanderung. Das wird das „Unwort des Jahres“, hoffe ich. Dann bildungsferne Strukturen, die die Sozialsysteme nutzen oder nutzen wollen – „Kein Geld für Sinti und Roma, aber für die Oma“ oder umgekehrt. Davon hat sich das gespeist und die Aktion des Städtetages hat diese Kampagne befeuert. Und wenn Herr Professor Brücker sagt, der Staatssekretärsausschuss habe das nicht explizit korrigiert, so hat auch der Städtetag das nicht getan. Ich hätte es für gut befunden, wenn Sie dazu dann hier noch einmal etwas sagen, denn die Zahlen waren falsch. Sie haben von der Zuwanderung geredet, haben die Abwanderung aber nicht mehr benannt. Das hat Herr Brücker dann in dem Rundschauartikel verändert, wenn ich mich recht erinnere. Unser Thema heißt, das möchte ich der Kollegin Heinrich auch sagen, „Ausgrenzung und Teilhabe“. Davon kann man sehr wohl reden. Ich glaube, wir können gerade als politische Organisation wie der Städtetag nicht einfach sagen, „die Medien verkürzen das, wir waren es nicht“.

Zu Herrn Brücker: Ja, unsere Reisen nach Mannheim, Duisburg und die Harzer Straße haben uns gezeigt, dass sehr viel an Wohnungspolitik und Quartiersmanagement gut gemacht werden kann und auch gezeigt, dass das, was wir an Vorinformationen über diese Projekte, die wir gesehen haben, so falsch war, dass man sich wirklich fragen muss, wie man gegen die Vorurteile ankommt. Erste Frage: Wie geht die Bundesanstalt für Arbeit damit um? Gibt es da



Programme, die mit der spezifischen Situation der einwandernden Bulgaren und Rumänen umgehen? Das zweite ist mehr auf die Schlussbemerkungen angelegt: Da sind Vorurteilsstrukturen, die Frau Herold noch einmal sehr deutlich angesprochen hat. Was hilft gegen Vorurteile, Forschung über Roma oder Antiziganismus-forschung?

Herr Heuss, ja, der Zentralrat hat gefordert, dass man das wissenschaftlich erforscht und dann auch berichtet. Das hat der Bundestag aber mit der Mehrheit von SPD und CDU/CSU abgelehnt. Wir haben das beantragt. Was hilft denn dann?

Ich wüsste gerne von Frau Herold auch ein bisschen genauer, was im Frauenförderplan stehen könnte. Ich finde, das ist ein gutes Instrument. Ich weiß, in den 70er Jahren war „Frauenförderplan“ ein Unwort und der hessische Finanzminister sagte mir damals:

„Frauenförderung? Ich frage meine Mutter, ich frage meine Frau, ich frage meine Tochter: Einstimmig Unsinn.“ Das war der damalige Finanzminister Reitz. Inzwischen sieht man das anders. Eine spezifische Frauenförderung für Roma-Frauen, da würde mich interessieren, was Sie sagen.

Ich wäre Herrn Heuss dankbar, wenn er noch ein bisschen deutlicher sagt, was ein europäischer Fonds für die Herkunftsländer den Roma bringen würde, denn eines der Probleme ist doch, dass die Programme der Europäischen Union nicht abgerufen werden und nicht abgerufen werden können. Das gilt sogar für Deutschland. Also zum Beispiel für Ihre Frauen-Initiativen. Und als Letztes: Ich glaube, eine Expertenkommission „Antiziganismus“ wäre eine Angelegenheit, die man machen müsste, denn, was letzten Endes da immer wieder mobilisiert, auch wenn der Städtetag eine neutrale Äußerung über Rumänen und Bulgaren macht, das ist ein tief sitzendes Vorurteil, das nicht bearbeitet worden ist.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir kommen zur ersten Antwortrunde. Wir haben jetzt noch genau zwei Stunden Zeit für diese Anhörung und beginnen in umgekehrter Reihenfolge. Das heißt, Herr Heuss hat jetzt das Wort. Ich wäre dankbar, wenn die Sachverständigen jeweils die an sie gerichteten Fragen in ihrer Antwort berücksichtigten. Herr Heuss, Sie haben das Wort.

Herbert Heuss (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma): Forschung und eine Expertenkommission im Deutschen Bundestag wären in der Tat nach unserer Einschätzung sinnvoll. Denn wie geht man mit Vorurteilen um, wie erreicht man denn die Köpfe letztendlich? Wir reden da über verschiedene Ebenen. Das eine sind die politischen Repräsentanten, die gewissermaßen Vorgaben machen, und, wenn es politische Repräsentanten sind, die diese – mit Verlaub elende – Diskussion über eine angebliche Armutszuwanderung anführen, dann ist das ausgesprochen schlecht. Wenn politische Repräsentanten in einem anderen Kontext auftreten, wirkt das noch einmal ganz anders. Bundespräsident Gauck war in Mannheim, hat dort in der Neckarstadt-West ein Projekt besucht, das auch mit Roma arbeitet. Er hat dann den Nachmittag im Verband Deutscher Sinti und Roma in Baden-Württemberg, auch in Mannheim, verbracht und dort mit einer ganzen Reihe von Leuten diskutiert. Das ist in Mannheim sehr genau aufgenommen worden, auch von der Bevölkerung, die dann nämlich gesehen hat, was da alles hinten dranhängt, was da passiert, und dass man sich da positiv kümmern muss. Insofern ist es ausgesprochen gut, wenn da was passiert. Und wenn das auch noch wissenschaftlich untermauert wird, diese Aktion, dass man dann begreift, worum es eigentlich geht, und dass Vorurteilsstrukturen dieser Art eigentlich komplett unabhängig sind vom Verhalten der Minderheit. Wir wissen, dass in Deutschland Juden in den 1920er Jahren fast vollständig integriert, ja assimiliert waren. Es hat nicht viel geholfen, wie man weiß. Und das Gleiche gilt für Sinti und Roma in Deutschland. Diese Form von Wahrnehmung von Minderheiten muss man auch über Forschung und über deren Ergebnisse an die Schulen bringen, das ist ein ganz entscheidendes Thema. Weder der Völkermord an Sinti und Roma noch die Minderheit von Sinti und Roma taucht in den Schulbüchern irgendwo auf. Also, sie taucht irgendwo auf, aber wirklich nur mit zwei drei Sätzen, es ist in den meisten Lehrplänen nicht einmal Thema.

Zu dem vorgeschlagenen EU-Fonds: Das soll kein Fonds der Europäischen Union sein, das soll natürlich ein unabhängiger Fonds sein, der aber unter anderem aus Mitteln der Europäischen Union unterstützt werden könnte. Beispielsweise



aus den nicht abgerufenen Mitteln des Sozial- oder Regionalentwicklungsfonds. Der Europarat hat im Moment über seine Entwicklungsbank ein Wohnbauprojekt auf dem Westbalkan laufen, das genau aus solchen Mitteln der EU, der Vereinigten Staaten und einiger skandinavischer Länder gefördert wird. Die Bank des Europarats gibt Grants an die Länder im Westbalkan zum Bau von Wohnungen vor allem für Flüchtlinge aus dem Kosovokrieg, denn die Wohnsituation in Serbien, Mazedonien, Montenegro und Bosnien ist nach wie vor in einigen Bereichen desolat. Das funktioniert jedenfalls mit weniger Aufwand als die EU-Anträge. Auch die Europäische Union weiß, dass es ein ausgesprochen schwieriges Verfahren ist. Das muss über die nationalen Regierungen laufen. Da wäre so ein Fonds eine Möglichkeit, auch direkter zu intervenieren und vor allen Dingen auch kleine Projekte zu machen. Europäische Programme sind für NGOs, für kleine Vereine, auch für kleinere Städte und Gemeinden fast unmöglich zu beantragen, da fehlt das Know How auf der lokalen Ebene. Bürgermeister oder die Stadtverwaltung können das kaum. Es wäre eine Möglichkeit, dies von Deutschland aus zu unterstützen, indem Städte wie Dortmund und Duisburg gemeinsame Projekte durchführen, das gemeinsam beantragen und durchführen. Da wäre ohne weiteres auch noch an ganz andere Dimensionen zu denken, wo man vielleicht auch ein wenig die Phantasie anstrengen muss. Es gibt in Deutschland erheblichen Bedarf an Pflegekräften im Altenbereich. Ich habe die Zahlen nicht im Kopf, aber ich meine neulich gelesen zu haben, 15.000 würden sofort gebraucht bzw. nächstes Jahr, oder wie auch immer. Jedenfalls eine sehr große Zahl. Im Pflegebereich sind, soweit ich das weiß, im Raum Heidelberg-Mannheim eine ganze Menge Roma in verschiedenen Einrichtungen schon tätig. Das ist durchaus eine Berufsausbildung, die man auch vor Ort anbieten könnte, im Zusammenhang mit Sprachkursen. Das sind Arbeitsperspektiven für Frauen in Regionen, in denen es sonst absolut nichts gibt, außer der Wahrscheinlichkeit, dass Frauen von dort in sehr unschönen Berufen, also bei Menschenhandel und Prostitution, landen. Es gibt solche Armutregionen in Bulgarien, in Rumänien, in Moldawien, in anderen Ländern, in denen Frauen fast keine andere Chance haben, weil es nicht anderes gibt. Da wären zum Beispiel

mehrere Ausbildungszentren durchaus vorstellbar.

Die Darstellung des Holocausts in der Bundesrepublik Deutschland hat die Situation von Sinti in Deutschland über Jahrzehnte hinweg auf eine Art und Weise geprägt, die von Überlebenden selbst als zweite Verfolgung beschrieben worden ist. Das ist möglicherweise nicht ganz übertrieben. Das bedeutete damals in den 50er, 60er und 70er Jahren den nahezu kompletten Ausschluss von Entschädigungen auf der Grundlage nicht zuletzt von Gerichtsurteilen des Bundesgerichtshofes mit Verweisen auf Kommentatoren, die vorher die Nürnberger Rassegesetze kommentiert hatten, mit Aussagen, dass „den Zigeunern ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen“ sei und sie deshalb als Kriminelle in die Konzentrationslager gekommen seien. So ein Ausdruck „ungehemmter Okkupationstrieb“, nachdem zwölf Jahre zuvor Deutschland seinen Okkupationstrieb ziemlich ungehemmt ausgelebt hatte, ist wirklich skandalös. Diese Begründung im Urteil ist bis heute vom Bundesgerichtshof nicht korrigiert worden. Doch das sei nur nebenbei bemerkt. Das hat Auswirkungen auf alle Institutionen in Deutschland gehabt, von der Polizei bis zu Arbeitsämtern und Schulen. Und das hat zu einer Distanz zwischen der Minderheit und den staatlichen Einrichtungen geführt, die jetzt in den letzten Jahren, eigentlich mit Beginn der Bürgerrechtsarbeit, langsam überwunden wird. Es ist nach wie vor ein Thema, dass die Zahl der deutschen Sinti, die höhere Abschlüsse machen, zwar steigt, aber sie steigt zu langsam und von der Quantität her nicht genug. Der Zentralrat und das Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg sind deshalb dabei, eine Bildungsakademie aufzubauen, die besonders die Elternarbeit und Studentenprogramme für verschiedene Ausbildungszweige entwickeln und umsetzen soll, aber auch dazu braucht man noch mehr Unterstützung, und das betrifft natürlich dann auch Frauen und Mädchen in besonderem Maße.

Der Zentralrat ist seit Jahren dabei, in der Polizeiausbildung auch Angebote zu machen, dass Referenten entweder in die jeweiligen Schulen gehen, oder dass die Auszubildenden nach Heidelberg kommen und dort Seminare veranstaltet werden. Das wird auch



wahrgenommen. Das Bundeskriminalamt ist da auf einem sehr guten Weg, es hat seine eigene Geschichte ja sehr umfassend aufgearbeitet. Bei den Landeskriminalämtern ist das noch völlig außen vor. Bei den aktuellen Problemen von den alteingesessenen Sinti in Deutschland gibt es eines, das im Bundesrat zumindest schon mehrfach und über viele Jahre hinweg besprochen worden ist. Das ist der Erhalt von Gräbern von NS-verfolgten Sinti und Roma, die für die Minderheit, für die Familien, als Familiengedächtnisstätten einen wirklich hohen Stellenwert haben. Diese Gräber sollen erhalten werden. Es gibt jetzt ein bisschen Bewegung. Einzelne Länder stellen sie unter Denkmalschutz, andere sagen, sie werden auf alle Fälle den Erhalt in der einen oder anderen Form gewährleisten. Baden-Württemberg hat jetzt eine Erklärung abgegeben, dass die Gräber erhalten werden sollen. Die Kommunen sollen das leisten. Es gibt aber keine bundeseinheitliche Regelung, und viele Kommunen, vor allen Dingen diejenigen, die unter erheblichen finanziellen Problemen leiden, haben damit einfach ein Problem, weil sie für solche freiwilligen Leistungen gar kein Geld mehr haben. Hier müsste dann auch eine andere Lösung gefunden werden, die kein finanzielles Problem darstellt. Von den Zahlen her sind das so wenige Gräber und so wenig Geld, das für die Pflege aufgebracht werden muss, dass man dafür nicht einmal einen eigenen Haushaltstitel einführen müsste. Es bewegt sich im untersten sechsstelligen Euro-Bereich pro Jahr. Aber das ist in der Minderheit wirklich ein Problem, weil immer wieder einzelne Städte sagen, wir müssen jetzt diese Gräber abräumen, und dann muss man verhandeln, dass erst einmal der Status quo bestehen bleibt. Aber eine bundeseinheitliche Regelung steht aus. Der Zentralrat hat mehrfach an die zuständige Familienministerin geschrieben. Von Frau Schwesig steht eine Antwort nach wie vor aus. Sie hat auf die letzten zwei Briefe nicht mehr geantwortet. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Herold hat das Wort.

Gordana Herold (Romane Romnja Initiative): Ich würde gerne die Fragen von Herrn Heinrich und Frau Heinrich zusammenfassen, ob es Unterschiede gibt zwischen Roma-Männern und

Roma-Frauen. Da sagt „Romane Romnja“ ganz klar, es gibt Unterschiede. Die Roma-Frau ist doppelt belastet, und das trifft nicht nur auf Roma-Frauen zu, sondern alle Frauen sind in ihrem Alltag doppelt belastet. Daher sehen wir ganz deutlich den Unterschied und auch den Bedarf, die Frau in ihrer Doppelbelastung zu entlasten.

Es wäre sicher gut, hier in Deutschland und auch in vielen anderen Ländern einen Frauenförderplan aufstellen zu können. Die Forderungen, die ich eben in meiner Stellungnahme erwähnt habe, wären sicherlich dort mit einzubringen und zu erweitern mit anderen Punkten. Dafür wäre sicherlich eine Arbeitsgruppe von Frauen notwendig, um die verschiedenen Punkte zu erarbeiten und in einen Förderplan einzubringen. Ganz wichtig wäre uns, dass in den bestehenden Roma-Büros, die es schon in Deutschland gibt, ein Fachbereich bzw. ein Referat für Roma-Frauen-Angelegenheiten eröffnet wird, und dass jedes dieser Büros wie in Heidelberg, in Mannheim, in Hamburg und anderen Städten auch eine Roma- oder Sinti-Frau als Roma-Frauenbeauftragte benennt. Aus diesem Kreise der zehn oder fünfzehn Frauen in Deutschland könnte es dann zu einer Arbeitsgruppe kommen, die einen solchen Förderplan aufstellt.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank für die kompakte Antwort, Herr Professor Brücker bitte

Prof. Dr. **Herbert Brücker** (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit): Vielen Dank. Ich beginne zunächst bei der Frage von Herrn Heinrich zu positiven Beispielen. Wir versuchen, die Probleme zu schildern. Wofür ich plädiere, ist eine realistische Darstellung. Wir haben bei der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien – ich kann nichts zu den zugewanderten Roma sagen, weil uns da die Datengrundlagen fehlen – teilweise sehr positive Entwicklungen. Wir haben aber auch sehr kritische Entwicklungen. Wir müssen über beides reden. Nur dann bleiben wir glaubwürdig, das empfehle ich auch im politischen Raum. Wenn wir auf der positiven Seite beginnen, dann haben wir so etwas wie ein



„Beschäftigungswunder“. Wir haben seit Einführung der Freizügigkeit einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr der Beschäftigungsquoten der Bulgaren und Rumänen um mehr als zehn Prozentpunkte gegenüber Dezember. Das hat es in der deutschen Wirtschaftsgeschichte noch nie gegeben, dass es in irgendeiner Gruppe einen so starken Anstieg an Beschäftigung gab. Das kann man positiv sehen, das kann man aber auch kritisch sehen, denn wir können daraus etwas lernen. Die Beschränkung für die Arbeitnehmerfreizügigkeit hat dazu geführt, dass sehr viele Menschen hierhergekommen sind und sich in Nischen des Arbeitsmarktes niedergelassen haben. Ich benenne das hier einmal ganz klarer: Es geht um Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit. Diese Menschen sind danach zum Teil in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gewechselt, und das in einem Maße, das wir vorher nicht prognostiziert hatten. Es ist besser gelaufen, als wir erwartet haben. Im Umkehrschluss kann man daraus lernen: Wir haben systematisch die Leute in andere Bereiche hineingedrängt. Das gilt nicht nur für die Bulgaren und Rumänen, das gilt auch für die anderen EU-8-Ausländer, die wir nur zum Teil dort wieder herausbekommen. Es ist nicht so, dass jeder, der sich schon einmal in so einer Nische niedergelassen hat, dann sofort, wenn es möglich ist, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht. Das ist nicht so. Das heißt, die Beschäftigungsquoten sind niedriger als sie sein könnten. Das ist die kritische Seite davon. Trotzdem ist die Beschäftigungsquote der Bulgaren und Rumänen inzwischen fast mit einem Unterschied von nur einem Prozentpunkt auf dem gleichen Niveau der EU-8-Ausländer. Sie ist höher als bei den Zuwanderern aus den südeuropäischen Krisenstaaten Spanien, Italien, Griechenland und Portugal. Und sie ist, wenn wir die Saisonarbeitskräfte und die Selbständigen berücksichtigen, wahrscheinlich höher als bei den Deutschen. Aber jetzt komme ich zum Negativen. Wir haben parallel einen Anstieg der SGB II-Leistungsbezieherquote um 2,7 Prozentpunkte seit Januar. Dieser Anstieg ist kontinuierlich. Wir stehen im Moment bei 13,6 Prozent, das ist immer noch weniger als bei der ausländischen Bevölkerung in Deutschland insgesamt. Aber dieser Anstieg ist bisher ungebremst. Ich kann

nicht sagen, wo es enden wird. Es wird sich auf einem bestimmten Niveau einpendeln. Wir haben eine Polarisierung in dieser Entwicklung. Es gibt Gruppen, die den Einstieg nicht schaffen, und das sind überwiegend Menschen, die vorher schon in Deutschland gelebt haben. Das sind diese Gruppen, von denen die Kommunen auch gesprochen haben, die weder Leistungen beziehen noch erwerbstätig waren. Diese rutschen jetzt schrittweise in den Leistungsbezug. Da liegen die Probleme und dazu trägt die Sozialarbeit, die vor Ort in den Kommunen geleistet wird, bei, da diese Leute jetzt in den Statistiken auftauchen, wo sie vorher nicht verzeichnet waren. Also, wir haben dort ein Problem, das kann man ganz klar sagen. Insofern gibt es da Licht und Schatten und über beides müssen wir offen reden. Nur wenn man das tut, kann man auch über Problemlösungen reden.

Die Frage nach erfolgreichen Modellen der Arbeitsmarktintegration. Ich kann jetzt nicht Modelle kommentieren, die ich nicht evaluiert habe, wie in Duisburg. Wir sagen bei uns immer, dass es, wenn wir statistische Auswertungen machen, positive und auch negative Beispiele gibt. Und dann haben wir noch Duisburg. Duisburg ist gewissermaßen der „Herausreißer“ in der ganzen Situation, da sich in Hinblick auf Beschäftigungsquoten die Lage dort unter allen Kommunen in Deutschland am dramatischsten darstellt, und zwar mit großem Abstand. Es braucht hier Angebote und Versuche der Arbeitsmarktintegration für Personen, die ganz schwer in den Arbeitsmarkt zu bekommen sind. Ich darf vorausschicken, dass es nicht darum geht, spezifische Arbeitsmarktmaßnahmen für Roma zu entwickeln. Es geht darum, dass wir Arbeitsmarktpolitik entwickeln für Migranten, die enorme Hürden haben, um in den Arbeitsmarkt zu kommen. Das reicht von der Alphabetisierung bis zu fehlender abgeschlossener Berufsausbildung. Es geht um Nachqualifizierung, es geht um Nachholung der Schulbildung. Es geht um gute Arbeitsvermittlung. Das ist der Schlüssel für die Arbeitsmarktintegration. Es geht auch um Sprachkompetenz. Das sind alles Empfehlungen, die man sonst für Migranten auch geben würde, die dort aber schwieriger umzusetzen sind als normalerweise. Das muss man ganz klar sehen. Ich glaube, dass vor Ort zum Teil wirklich Vorbildliches geleistet wird mit einem heroischen



Aufwand von den Jobcentern, von freien Trägern und den Kommunen.

Auf die Frage vom Abg. Koenigs kann ich sagen, das Wohnungs- und Quartiermanagement ist eine wichtige Voraussetzung für die Arbeitsmarktintegration. Man braucht eine vernünftige Adresse und man braucht eine vernünftige Wohnung, um in den Arbeitsmarkt hinein zu kommen. Das ist eine Frage der sozialen Integration, aber auch der Arbeitsmarktintegration.

Es gibt keine offizielle Geschäftspolitik der Bundesagentur zur Integration von Migranten. Natürliche ist Migration ein Riesenthema, und es wird auch sehr viel gemacht, aber man will, gerade um Diskriminierung zu vermeiden, eigentlich keine gesonderte Geschäftspolitik dafür haben. Das heißt nicht, dass nicht sehr viel gemacht wird, was auf Migranten zielt. Es gab natürlich sofort Überlegungen, als die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien anstand - und schon vorher - was man machen sollte. Man überlegte, ob es niedrigschwellige Programme mit kleinen Qualifizierungsmaßnahmen gäbe. Wir sehen jetzt, dass man sehr viel tun kann. Wir machen auch positive Erfahrungen bei der Bundesagentur für Arbeit, Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Die Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien sind im Schnitt 28 oder 29 Jahre alt. Wir haben auch sehr große Gruppen dabei, die noch sehr jung sind, wo wir über Nachqualifizierung noch sehr viel erreichen können. Die Bildungswilligkeit, also die Motivation der Menschen, ist sehr, sehr hoch. Die Erfahrungen sind dort im Grundsatz positiv. Qualifizierung spielt eine wichtige Rolle, Sprachkompetenz, Anerkennung von Abschlüssen, alles keine originellen Dinge. Wir können aus der empirischen Forschung sagen, dass wir gigantische Erträge bei der Sprachförderung haben. Man kann darüber diskutieren, ob die Sprachförderung gut aufgehoben ist beim BAMF oder ob man sie nicht lieber woanders ansiedeln sollte, doch diese Fragen beschäftigen den Ausschuss nicht primär. Ich glaube aber, das könnte man effizienter gestalten. Aus der Forschung wissen wir, dass wir drei Schlüsselfaktoren für die Integration haben: Sprache, Arbeitsvermittlung – die enorme Schwächen bei den Migranten hat, denn die

Migranten finden ihre Jobs in der Regel über soziale Netzwerke in ihrer eigenen community und wir wissen, dass sich das dann langfristig als Falle im Arbeitsmarkt auswirkt – und die Anerkennung von Abschlüssen. Das sind die drei Hauptfaktoren. Wir dürfen nicht übersehen, dass der Anteil der Hochschulabsolventen unter den Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien höher ist als in der deutschen Bevölkerung. Wir reden jetzt nicht nur über die Problemgruppen am unteren Ende. Es muss auch etwas getan werden, damit wir diese Gruppen vernünftig in den Arbeitsmarkt integrieren. Beschäftigung unterhalb der Qualifikation ist eines der „Mega-Probleme“ bei den Bulgaren und Rumänen, aber auch bei allen anderen Neuzuwanderern aus EU-8-Staaten. Diese haben exakt die gleiche Beschäftigungsstruktur und arbeiten zu 40 Prozent in Berufen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung verlangen.

Der deutsche Arbeitsmarkt hat im Moment durchaus einen Bedarf an geringer qualifizierten Zuwanderern. Wir beobachten, dass Zuwanderer heute überwiegend in der Landwirtschaft absorbiert werden, im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Pflegebereich bei den angelernten Pflegeberufen, bei sonstigen einfachen Dienstleistungen im Baubereich, also in der Regel bei angelernten Tätigkeiten. Ich bin darüber gar nicht so unglücklich. Wir müssen die Leute langfristig da heraus bekommen, aber wenn der Schritt in den Arbeitsmarkt erst einmal geschafft wird, sind wir schon ein ganzes Stück weiter.

Die schwierigste Frage betrifft die Vorurteile. Kann Forschung dazu etwas beitragen? Eine der Schlüsselfragen für die Forschung ist, ob es Sinn machen würde, über Roma zu forschen, das heißt Daten nach ethnischer Zugehörigkeit zu erheben. Das ist eine ganz schwierige Frage. Wir tun das in Deutschland nicht. Wir tun das auch nicht in Befragungen. Das tun auch die meisten europäischen Länder nicht. Wir haben andere Traditionen in der angelsächsischen Forschung. Bei der Migrationsforschung ist diese Frage umstritten. Wir wissen, wozu es führen kann. Es gibt die berühmte Studie in den USA, die den Nachweis führt - oder zumindest versucht, den Nachweis zu führen - dass die Schwarzen genetisch weniger intelligent sind als die weiße Bevölkerung. Ich glaube, dass diese Studie



methodisch große Schwierigkeiten aufweist. Man muss sich bewusst sein, dass wenn man nach ethischer Zugehörigkeit Daten erhebt, diese Daten auch missbraucht werden können. Auf der anderen Seite könnten sie auch im Sinne der Aufklärung helfen, Probleme besser zu erkennen, besser zu analysieren und dann zu helfen. Ich bin selbst in dieser Frage offen und noch nicht entschieden. Wir müssen wissen, dass wir, wenn wir solche Daten nicht erheben, Wissenslücken haben. Wir müssen aber auch wissen, dass, wenn wir solche Daten erheben, es zu Diskriminierung nicht nur führen kann, sondern auch führen wird. Die Studie war die Vorlage für das Sarrazin-Buch in den entsprechenden Kapiteln, wo es um die Intelligenz geht. Die Forschung kann bei der Aufklärung helfen. Es geht dabei nicht darum, Bilder positiv zu entzerren. Aufklärung ist auch über die soziale und ökonomische Situation zu leisten, die sich aber häufig anders darstellt, als dies in breiten Teilen der Medien, häufig auch von Experten wahrgenommen wird, denen diese Datengrundlagen fehlen. Wir versuchen, dazu einen Beitrag zu leisten. Ich glaube, Forschung kann das Spielmaterial liefern, die Aufklärung selbst muss aber von der Gesellschaft, von politischen Akteuren, vom Staat geleistet werden. Wir können natürlich durch Forschung einen Beitrag zur Aufklärung leisten. Gerade mit kritischer Forschung, die auf Probleme hinweist, kann man am Ende der Integration und dem Abbau von Vorurteilen helfen. Dankeschön.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Das letzte Wort in der ersten Antwortrunde hat Frau Dr. Bastians.

Dr. **Uda Bastians** (Deutscher Städtetag): Herzlichen Dank. Herr Heinrich, Sie hatten nach Ansätzen zur Kooperation gefragt, ob es Kontakte gibt zwischen rumänischen und deutschen Städten. Die gibt es, wir haben auch als Städtetag mit einigen Mitgliedsstädten zwei Reisen nach Rumänien unternommen. Wir haben dort wahrscheinlich ähnliche Erfahrungen gemacht, wie Sie sie auch bei Ihren Reisen gemacht haben. Der Problemdruck ist den deutschen Städten sehr wohl bekannt und das Verständnis für die individuell hierher reisenden Menschen ist auch groß. Wir haben auch Kooperationen mit den zuständigen Ministerien erreicht und

verschiedene Gespräche vor Ort geführt. Teilweise ist uns dort Unverständnis oder Verwunderung entgegen geschlagen. Der rumänische Arbeitsminister hat uns zum Beispiel gesagt, dass es in Rumänien seit einigen Jahren selbstverständlich sei, dass das Kindergeld zum Beispiel an den Schulbesuch gekoppelt wird. Dann hätte man doch die Probleme nicht mit fehlendem Schulbesuch, weil der Anreiz wirke. Gleichzeitig wurde auch auf die unterschiedlichen Einkommenssituationen und die unterschiedlichen Höhen der Sozialleistungen in Deutschland und Rumänien verwiesen. Das sind natürlich Tatsachen, mit denen man leben muss. Wir haben bereits bestehende Twinning-Projekte mit verschiedenen Städten. Jetzt kommen neue Kooperationsformen hinzu. Es wird zum Beispiel versucht, die Behörden für die – wie schon dargestellt – sehr schwierige Beantragung der ESF-Mittel zu qualifizieren.

Frau Heinrich, um auf Ihre Frage zurückzukommen, in Deutschland waren es auch nur 63 Prozent. Wir haben jedoch die Vermutung, dass die schwächere Abrufquote in Rumänien und Bulgarien eher mit den fehlenden Verwaltungsstrukturen und dem umständlichen Beantragungs- und Abrechnungsverfahren zusammen hängt, während hier in Deutschland auch einige Städte sagen, dass die Programme, so wie sie von der europäischen Seite ausgerichtet sind, nicht immer nützlich und sinnvoll sind, und deswegen auch manchmal darauf verzichtet wird. Vielleicht könnte man das auch noch stärker fokussieren, wie es für die kommende Förderungsperiode auch angedacht ist. Dieser hohe Verwaltungsaufwand ist natürlich für schwächere Verwaltungsstrukturen noch schwieriger zu bewältigen als für deutsche. Das finanzielle Problem der Befähigung der Herkunftskommunen ist schon mehrfach angesprochen worden. Aber auch die deutschen Städte können diese Schwierigkeiten nicht vollständig ausräumen. Wenn städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dorthin reisen, wenn sie versuchen, die Menschen dort vor Ort weiter zu qualifizieren, dass sie mit diesen Strukturen umgehen können, so kostet das auch wieder Geld oder doch zumindest Personal, das ohnehin knapp ist. Das ist auch wieder ein Baustein, der dazu führt, dass die deutschen Kommunen sagen, sie alleine sind mit diesem



Problem überfordert. Die deutschen Städte können nicht rumänischen und bulgarischen Städten voll umfänglich die ESF-Strukturen vermitteln. Das geht natürlich nicht. Aber es gibt Ansätze, und das werden wir auch als Deutscher Städtetag weiter verfolgen und begleiten. Bei unseren Gesprächen mit dem rumänischen Arbeitsminister ist auch über die Kehrseite der Zuwanderung nach Deutschland diskutiert worden, nämlich über den Brain-Drain, der in Rumänien und Bulgarien stattfindet. Das dortige Gesundheitssystem steht vor erheblichen Schwierigkeiten, weil Ärzte und Pflegepersonal nach Deutschland und in andere reichere EU-Staaten auswandern, weil sie dort bessere Lebensbedingungen finden.

Frau Höger hatte gefragt, wie man das Wissen über die Geschichte der Verfolgung noch stärken könnte. Wir halten es wirklich für sehr wichtig, dass auch mehr Informationen in der Allgemeinheit ankommen. Das lässt sich natürlich über die Lehrpläne machen. Die Rolle der Forschung ist jetzt schon beschrieben worden von meinem Vorredner. Ich glaube, dass auch politische Diskussionen und Debatten dazu beitragen, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Ich denke, auch diese Diskussion kann da ihren Beitrag leisten. Auch in den betroffenen Städten wurden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, um das Verständnis zu fördern. Das sind alles Dinge, die über die Wissensvermittlung z.B. zur Verfolgungsgeschichte zum Diskriminierungsabbau und zu mehr Verständnis beitragen können. Der Zentralrat macht auch eine sehr schöne Fortbildungsveranstaltung für Journalisten und für die Medien. Wenn wir auf allen politischen Ebenen in diese Richtung wirken, dann dürfte das schon einen guten Beitrag leisten, hoffe ich.

Frau Heinrich hatte außerdem noch nach der Auswanderungsberatung gefragt. Das bezieht sich in unserer Stellungnahme auf die notwendige Auswanderungsberatung in Bulgarien und Rumänien. Nach den Berichten der von den betroffenen Städten eingestellten muttersprachlichen Sozialarbeiter (die übrigens auch sehr viel Geld kosten) gibt es in Rumänien und Bulgarien so eine Art Reality-TV, wo Auswanderer nach Deutschland über das schöne Leben hier berichten und mit Kindergeld locken, aber auf der anderen Seite nicht darstellen, dass

die Lebenshaltungskosten hier natürlich ganz andere sind. Es wird eine falsche Erwartungshaltung, teilweise auch bewusst hervorgerufen, denn die Menschen, die hierher kommen, werden z. T. auch durch Schlepper hierher geholt. Wir haben uns gefragt, wie man gegen diese ganzen Strukturen ankommen kann. Dagegen kann man nur durch seriöse und umfassende Informationen ankommen. Deswegen würden wir Auswanderungsberatungen, die man auch wieder durch europäische Programme fördern könnte, hier für einen guten Weg halten, um dem ein bisschen entgegen zu wirken. Herr Koenigs hat diese Frage ja sehr pointiert formuliert. Das gibt mir die Gelegenheit, auch in dieser Runde noch einmal zu sagen, dass wir vor unserem Positionspapier fast zwei Jahre lang versucht haben, die Problematik außerhalb der medialen Beobachtung zu behandeln. Wir sind an die zuständigen Bundesministerien herangetreten. Wir haben versucht, auf anderem Wege Hilfe zu bekommen. Es war nicht möglich, das Problem wurde nicht gesehen. Da das Problem aber da ist, haben wir es als Deutscher Städtetag in einem Positionspapier beschrieben. Plötzlich war es dann anerkannt und es folgten Maßnahmen. Wir wussten uns nicht anders zu helfen.

Ich möchte aber betonen: Wir haben einen großen Teil an Zuwandernden, die sich hier unproblematisch einfügen. Wir haben einen kleinen Teil, der zu erheblichen Problemen führt. Dieser kleine Teil, der nicht deckungsgleich mit Roma-Angehörigen ist, die hierher zuwandern, ist oft durch fehlende Schulbildung, fehlende Berufsabschlüsse und ein hohes Analphabetentum gekennzeichnet. Dieser Teilbereich macht uns die Probleme, die aus dem resultieren, was man bildungsfern nennen kann, wo Nachqualifizierung erforderlich ist, nachholende Schulabschlüsse erforderlich sind. Da sind einfach viele Maßnahmen notwendig, um hier eine erfolgreiche Integration erwarten zu können.

Sie haben auch gesagt, wir hätten mit falschen Zahlen argumentiert, weil wir die Zuwanderung dargestellt und nicht die Abwanderung gegengerechnet haben. Die Städte in Deutschland kümmern sich um alle Menschen, die zuwandern. Und die Städte können auch vorher gar nicht wissen, wer wieder abwandert. Insofern beschäftigen wir uns in den Städten vor Ort mit



allen Menschen, die kommen. Wenn jemand hinterher weggeht, dann sind das für uns, volkswirtschaftlich betrachtet, verlorene Kosten. Wir haben versucht, uns mit den Menschen zu befassen. Diese Menschen haben sich angemeldet, haben unsere Strukturen genutzt, und wenn sie hinterher wieder abwandern, dann ist das nicht unbedingt positiv für uns. Das möchten wir gar nicht bewerten, aber vorher war der Aufwand in den Städten vor Ort da und deswegen haben wir auf die Zuwanderungsquoten abgestellt. Die Zahlen sind ja ohnehin immer ein schwieriges Thema. Mit Herrn Brücker habe ich immer den kleinen Disput, wenn er auf seine SGB II - Zahlen abstellt. Wir sagen dann immer, in den SGB II - Zahlen sind natürlich nur diejenigen Menschen drin, die zumindest mal einen Antrag gestellt haben. Alle anderen sind in der SGB II - Statistik gar nicht erfasst und kommen in der Darstellung nicht vor. Sie sind aber in den Kommunen vor Ort da. Deswegen denken wir, dass wir nicht allein auf die SGB II - Quote der Rumänen und Bulgaren abstellen können, um hier auf die entsprechende Integrationsnotwendigkeiten zu schließen. Wir denken, dass da noch weitere Dinge zu berücksichtigen sind. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir kommen zur zweiten Fragerunde. Es haben sich die Kollegen Zertik, Groth, Diaby und Volker Beck gemeldet. Wir beginnen mit Herrn Kollegen Zertik.

Abg. **Heinrich Zertik** (CDU/CSU): Dankeschön, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Berichte, die Sie uns gerade geschildert haben. Es ist immer einerseits schlecht und andererseits gut, wenn man als Zweiter anfängt, weil einige Sachen oder Fragen dann bereits ausgeräumt sind. Frau Herold, wir haben von Anfang an im Ausschuss das Thema Zwangsprostitution und Menschenhandel gesetzt. Zu dem Thema haben wir sogar eine Reise nach Rumänien, Bulgarien und Moldau gemacht, wo wir mit verschiedenen Verbänden, Vereinen und Organisationen gesprochen haben. Dabei hat sich herausgestellt, dass es Fälle gibt, wo sogar Familien der Roma ihre jungen Frauen zum diesem Schritt zwingen. Sind Ihnen solche Fälle bekannt und was wird in diesem Bereich unternommen, um die Frauen zu

unterstützen und zu begleiten?

Herr Heuss, in Ihrem Bericht haben Sie immer wieder Sinti erwähnt. Wir haben in Deutschland ca. 60.000 Sinti und rund 10.000 Roma. Wie ist das Bild der Sinti? Was können Sie dazu sagen?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Kollegin Groth hat das Wort.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): Ich möchte mich auch noch einmal bei allen für die guten Stellungnahmen bedanken. Sehr interessant! Frau Herold, Sie haben in Ihrer Stellungnahme die guten Beispiele aus Finnland, Schweden und Bosnien kurz angeführt. Dazu würde ich gerne noch etwas mehr wissen. Ich denke, ab und zu kann man durchaus von unseren Nachbarländern etwas lernen.

Wir haben über die Diskriminierungserfahrung in Mannheim gehört. Ich höre, dass zunehmen in Berlin Roma-Kinder gar nicht mehr sagen, dass sie Roma sind, sondern aus der Türkei kommen. Das finde ich erschütternd. Wie kommt so etwas? Das sind wohl massive Diskriminierungserfahrungen. Wie kann man dagegen vorgehen? Sie haben gesagt, Sie würden am liebsten in allen Roma-Büros Frauenbeauftragte haben. Das kann ich gut verstehen. Wir Frauen werden zunehmend marginalisiert. Wir haben allgemein ja immer wieder diese Debatte. Ich weiß auch nicht, wie wir uns als Frauen unseren Platz in der Gesellschaft erobern. Vielleicht sollten wir uns mehr zusammentun? Was würden Sie sich wünschen, wenn Sie die Möglichkeit hätten zu sagen, was sie von der Politik konkret erwarten? Welche Wege sind bei der Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt zu beenden. Da möchte ich konkrete Vorschläge, die Sie uns empfehlen könnten. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Der nächste ist Herr Kollege Dr. Diaby.

Abg. Dr. **Karamba Diaby** (SPD): Auch von mir herzlichen Dank für die Einführungen. Ich habe drei Fragen. Die erste Frage wurde bereits mehrfach angesprochen, aber ich möchte das ein wenig überspitzen: Sie wissen, dass es im Bereich Zuwanderung, Integration, Migration allgemein viele Forschungslücken gibt. Deshalb frage ich Herrn Professor Brücker, ob Sie auch der Meinung



sind, dass es Forschungslücken im Bereich Bildungsteilhabe, speziell in Bezug auf Sinti und Roma, gibt. Frau Dr. Bastians, der Deutsche Städtetag hat natürlich mit Migrantenorganisation sehr viel Erfahrung, weil die Arbeit in den Kommunen passiert. Wie schätzen Sie die Rolle der NGOs aus den Herkunftsländern in den Kommunen im Bereich des Integrationsprozesses ein? Da denke ich insbesondere an Elternvereine, Kulturzentren, aber auch den Bereich Arbeitsmarktintegration. Sind Ihnen Beispiele in diesem Bereich bekannt? Wie werden Sie von den Kommunen unterstützt? Gibt es zu dem Thema „best practice“- Projekte im Rahmen der EU? In den Ländern, die wir besuchten, wurde uns gesagt, dass das Abrufen manchmal wegen der Eigenanteile und vieler andere Dinge schwierig sei. Aber ich gehe davon aus, dass es viele „best practice“- Projekte gibt. Das würde mich interessieren.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Als Nächster erhält Volker Beck das Wort.

Abg. **Volker Beck** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank auch von mir für die Stellungnahmen. Ich hätte zwei Fragen: Kollegin Heinrich hat das Thema „Antiziganismus-Bericht“ angesprochen. Da hat sie einen Gegensatz zwischen einem Bericht und konkreten Maßnahmen gegen Antiziganismus aufgebaut. Beim Antisemitismusbericht machen wir das immer so, dass wir sagen, wir erwarten uns von den Forschern, von der Expertenkommission, nach der wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas, dass sie der Politik dann auch konkrete Maßnahmen zum Kampf gegen Antisemitismus empfehlen und diese allerdings auch implementieren. Manchmal jedoch ist es auch ein bisschen Selbstbeschäftigung der politischen Organe, wenn die Konsequenzen dann nicht gezogen werden. Ist es nicht das, was Sie, Herr Heuss, erwarten? Und vielleicht kann auch Frau Herold etwas dazu sagen. Ich glaube, mit dem konkreten Leben der Roma und der deutschen Sinti hat das, was es an Minderheitenfeindlichkeit in den Köpfen von Nicht-Roma und Nicht-Sinti gibt, relativ wenig zu tun. Viele Leute kennen überhaupt keine Roma oder Sinti, aber meinen genau zu wissen, warum sie diese Gruppe ablehnen. Um da irgendwie ran zu kommen, muss

man erst einmal verstehen, wie dieses Syndrom funktioniert.

Frau Bastian, ist es nicht so oder hat sich das geändert, dass bei diesen ESF-Mitteln immer eine Komplementärfinanzierung notwendig ist? Das scheint mir zumindest für Bulgarien und Rumänien eine der größten politischen Hürden zu sein. In Rumänien kenne ich mich nicht so aus. In Bulgarien habe ich mehrere Roma-Siedlungen besucht. Mir sagten die Bürgermeister, dass sie entweder das Geld nicht haben, um das komplementär zu finanzieren, oder aber aufgrund der Armut der Gesamtbevölkerung in diesem Land auch eine Investition von Eigenmitteln für die Roma politisch - stark kampagnenmäßig - von rechts angegriffen wird. Die haben ja auch diese rechtsradikale Partei im Parlament, die auch gegen die Roma-Minderheit angeht. Wobei es bei Bulgarien mit 15 Prozent Roma-Bevölkerung zu einer bevölkerungspolitischen Katastrophe kommt, wenn dieses Land nicht endlich dafür sorgt, dass diese Menschen etwas beitragen können und nicht von allen Partizipationsmöglichkeiten dauerhaft ausgeschlossen sind. Deshalb die Frage, was Sie uns da raten, vielleicht auch im Hinblick darauf, was die Bundesregierung in Brüssel erreichen kann, um diese Fonds tatsächlich an die Stelle zu bringen, für die sie eigentlich gedacht sind. Es hilft ja nichts, wenn da ein Fonds ist, und keiner ihn nutzt. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass mir die Bürgermeister vor Ort gesagt haben: „Bitte gebt uns kein Geld ohne einen europäischen Beamten mitzuschicken, der kontrolliert, dass das Geld nicht für ganz andere Zwecke in den Korruptionsstrukturen versickert.“ Das hat mit den Sinti und Roma dort gar nichts zu tun. Damit das Geld dort ankommt, müssen wir da auch sorgfältiger hinschauen. Zu der Frage der Beitrittskandidaten würde ich gerne Herrn Heuss und Frau Herold etwas fragen. Wie wird die Situation der „nicht sichtbaren Roma“ – das ist ein rechtlicher Terminus, den ich in Serbien bei meinem Besuch gelernt habe – von Ihnen eingeschätzt? Wir haben gesagt, das sind alles sichere Herkunftsstaaten. Mein Eindruck von der Situation ist, dass diese Menschen – überwiegend Roma, die aus dem Kosovo nach Serbien geflohen sind – keine Geburtsurkunden, keine Identitätspapiere haben und deshalb auch keinen Zugang zu den formal auch ihnen



offenstehenden Rechten im Bereich Sozialunterstützung, Gesundheitsversorgung, Zugang zu Wasser und Wohnungen. Ist die Situation dort nicht so einzuschätzen, dass diese Art der Diskriminierung, die alle elementaren Menschenrechte betrifft, nicht eigentlich verfolgungsgleich ist? Wie raten Sie uns, politisch mit diesem Problem umzugehen?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Jetzt beginnen wir wieder in der umgekehrten Reihenfolge. Das Wort hat Frau Dr. Bastians.

Dr. **Uda Bastians** (Deutscher Städtetag): Vielen Dank! Herr Diaby, Sie haben nach der Rolle der NGOs bei der Integration gefragt. Die NGOs unterstützen die Integrationsprozesse auch hier in Deutschland, in einigen Städten ist auch Kontakt aufgenommen worden zu den entsprechenden Kirchengemeinden, die dort dann tätig werden. Das sind schon gute Andockpunkte für die Bevölkerung. Das ist sicherlich eine hilfreiche Unterstützung. Wie die deutschen Kommunen die NGOs noch weiter unterstützen können? Wir tun das ja, so gut wir können, aber wir stoßen da letztlich auch an finanzielle Grenzen. Je ärmer die Kommune, desto eher sind diese Grenzen bedauerlicherweise erreicht. Sie hatten nach „best practice“ bei den EU-Projekten in den Herkunftsländern gefragt. In Deutschland haben wir verschiedene Projekte und darüber gibt es auch einen Austausch. Das wird auch evaluiert und darüber geforscht. Da findet „best practice“ durchaus statt. Die Projekte in Rumänien und in Deutschland sind auf Grund der unterschiedlichen Problemlagen nur sehr begrenzt vergleichbar. Aber das war auch nicht ihre Intention.

Die Komplementärfinanzierung ist nicht nur in Rumänien und Bulgarien, sondern auch in Deutschland ein Problem. Wenn man eigenes Geld auch noch hinzuschießen soll, muss man es erst einmal haben. Komplette Verzicht wird man auf die Komplementärfinanzierung vermutlich nicht. Ob man sie herunterfahren kann, ist eine Frage der europäischen Institutionen. Es wäre sicherlich hilfreich, wenn seitens des Bundes und der Länder auch in Deutschland noch etwas dazukommen würde, aber das ist dann eine Verhandlungssache. Die Sorge vor dem Versickern

der Gelder in Rumänien und Bulgarien auf Grund von Korruptionsstrukturen ist sicherlich größer als in Deutschland, letztlich ist es immer ein Abwägungsprozess. Möchte ich ein einfaches Verfahren oder möchte ich eine hohe Kontrolldichte mit möglichst wenig Versickern der Gelder? Die Schwierigkeit ist nur, wenn ich das Verfahren so aufwändig gestalte, dass es eine abschreckende Wirkung hat, dann bringt es eigentlich niemandem etwas. Die übereinstimmenden Berichte, was alles an der Beantragung und der Abrechnung hängt, und welche Fristen und Formalien eingehalten werden müssen, die schrecken schon einige Menschen ab.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Professor Brücker, bitte.

Prof. Dr. **Herbert Brücker** (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit): Ich hatte ja nur eine Frage zur Bildungsteilhabe. Wir haben natürlich viele Forschungslücken. Ich beginne bei der Datenseite. Jetzt überhaupt das Qualifikationsniveau von denen zu erheben, die zu uns kommen, ist eine Herkulesaufgabe, und der Mikrozensus hängt zwei, drei Jahre hinterher. Dann gibt es die Diskussion, ob die problematischen Gruppen überhaupt angemessen repräsentiert werden. Es gibt ein nationales Bildungspanel, wo wir mittelfristig die vernünftigen Zahlen bekommen und dann auch die entsprechenden Studien machen können. Da müssen wir von der Wissenschaftsseite natürlich auch um Geduld bitten. Das geht nicht so schnell. Vom politischen Interesse her müssten wir sehr schnell Antworten über die Bildungsteilhabe haben. Wenn jedoch die Studie über die zugewanderten Bulgaren und Rumänen, die jetzt 2013/2014 kommen, im Jahr 2018 erscheint, dann ist der Politik damit nicht geholfen. Das ist ein Problem der Forschung bei der Datenerhebung. Insofern gibt es im Moment bei der Bildungsteilhabe der Bulgaren und Rumänen, die eine sehr junge Zuwanderungsgruppe sind, noch keine seriöse Forschung. Wir haben einige Daten über die Qualifikationsstruktur. Ich habe das vorhin auch genannt, die sind polarisiert. Wir haben einen erheblichen Anteil an jungen Leuten, die keine abgeschlossene Berufsausbildung, aber auch keine schlechte Schulbildung haben. Es ist



ein Vorurteil anzunehmen, dass diejenigen, die ohne Berufsausbildung sind, auch keine abgeschlossene Schulbildung hätten. Da sieht es deutlich besser aus. Wir haben am oberen Ende einen leicht höheren Anteil an Hochschulabsolventen als wir dies in der deutschen Bevölkerung haben. Wir verfolgen diese Daten mit der Frage, was diese Leute dann eigentlich machen. Erhebliche Teile werden unterhalb ihrer Qualifikation im Arbeitsmarkt beschäftigt, das teilen sie mit anderen Migrantengruppen auch. Was wir generell sagen können - allerdings für die Bulgaren und Rumänen können wir das noch nicht beantworten - ist, dass Migranten in einem erstaunlichen Maße später Abschlüsse in Deutschland erwerben. Etwa 30 Prozent der Migranten, die kommen, erwerben in Deutschland noch weitere Bildungsabschlüsse. Das wird für die Bulgaren und Rumänen wahrscheinlich sogar in einem besonderen Maße gelten, weil diese eine sehr junge Zuwanderungsgruppe sind. Je jünger die Zuwanderungsgruppe ist, desto höher ist dieser Anteil. Da müssen wir jedoch noch etwas abwarten, bis wir wirklich belastbare Aussagen über die Bildungsteilnahme machen können. Man muss die Polarisierung sehen, man darf sich aber auf Grundlage der Polarisierung nicht dazu verleiten lassen, generell zu sagen, dass Bulgaren und Rumänen - als ein Beispiel für Migrantengruppen - schlecht qualifiziert sind. Allerdings darf man auch die Augen nicht vor dem Problem des Analphabetentums verschließen. Wir können über Bildungsteilnahme von Roma keine Aussagen machen und werden auch in Zukunft dazu keine Aussage machen können, weil diese Daten nicht erhoben werden.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Herold hat das Wort.

Gordana Herold (Romane Romnja Initiative): Zuerst zur Frage von Herrn Zertik zum Menschenhandel und zur Prostitution. Das Thema Menschenhandel und Prostitution ist nicht als etwas Besonderes in den Roma-Gruppen zu verorten. Es ist auch überhaupt nichts wahrzunehmen von Menschenhandel und Prostitution in der Sinti- oder Roma-Gruppe aus Osteuropa, die seit dem 18. Jahrhundert hier ist, oder aus der Gastarbeitergeneration stammt. Es

sind jedoch Menschenhandel und Prostitution in den Gruppen Roma-Flüchtlinge und Roma aus den neu zugewanderten europäischen Ländern wahrzunehmen. Darüber existieren jedoch keine Daten, keine Statistiken. Wir nehmen das wahr, es sind uns auch einige Fälle dazu bekannt. Sie sagen, Zwangsprostitution oberflächlich interpretiert, gehe von der Familie aus. Wir als „Romane Romnja“ sagen aber, das sind sozialökonomische Situationen in den Familien, die die jungen Frauen dazu zwingen, in die Prostitution abzugleiten.

Auf die Frage von Frau Groth über die Situation in Finnland und Schweden, auch in Bosnien: Da gibt es schon seit langem Modellprojekte, in Finnland und Schweden schon über zehn, fünfzehn Jahre, wo Scharnierstellen gebildet und installiert worden sind zwischen der Europäischen Union, den Regierungen und den NGOs auf nationaler und lokaler Ebene. Es sind auch schon Roma-Frauenbeauftragte in den jeweiligen Ministerien mit Roma-Frauenangelegenheiten tätig. In Bosnien existiert dieses Modell ungefähr seit zwei, drei Jahren. In den dortigen Ministerien sind Stellen für Roma-Frauen geschaffen worden, die damit beauftragt wurden, die Roma-Frauenförderung voranzubringen. Auch die NGO „Care International“ fungiert als Mentor für lokale und regionale NGOs, um Roma-Frauenthemen und die politische Partizipation der Roma-Frauen voranzubringen. Das wünsche ich mir für Deutschland auch.

Auf die Frage von Herrn Beck: Den Terminus „nicht sichtbare Roma“ gibt es nicht nur in Serbien, den gibt es auch in Deutschland. „Nicht sichtbare Roma“ sind Roma, die aus Angst vor Diskriminierung ihre Identität ablegen. In Serbien, sagen Sie, gibt es diesen Terminus auch, wobei diese Roma, weil sie aus dem Kosovo geflohen sind, dann keinen Zugang zu den elementaren Menschenrechten haben. Wie kann Deutschland auf Serbien einwirken, damit so etwas reguliert wird? Ich denke, da gibt es sicherlich Instrumente und Methoden, um darauf einzuwirken.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Herr Heuss, bitte.

Herbert Heuss (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma): Die Frage nach den sicheren



Herkunftsländern ist in der Tat schwierig. Es war gerade eine Delegation des Zentralrates in Mazedonien. Es wurde hier eben die Situation in Mazedonien mit der in der Ost-Slowakei verglichen und gemeint, in der Ost-Slowakei sehe es noch schlimmer aus als in den großen Siedlungen in Mazedonien. Man kann sicherlich nicht generell sagen, dass Roma in diesen Ländern einer politischen Verfolgung unterliegen. Daraus würde ich auch schließen, dass das Instrument des politischen Asyls nicht das richtige für diese Länder ist, um zu einem Aufenthalt in Deutschland zu kommen. Es gibt mit Sicherheit für aus dem Kosovo geflohene Gruppen eine Situation, wo man von kumulativen Fluchtgründen sprechen muss, die dann auch in Deutschland ein Aufenthaltsrecht begründen sollten. Serbien ist noch immer mit etwa 200.000 internen Flüchtlingen, die noch immer keine angemessene Wohnunterkunft haben, belastet. Unter diesen 200.000 Flüchtlingen sind etwa 20.000 Roma, die aus dem Kosovo geflohen sind. Sie haben in Serbien noch immer keine angemessene Unterkunft. Dazu kommt, dass es eine Reihe von Diskriminierungen gibt von den Behörden, vor allem, dass sie jetzt aus den Innenstädten vertrieben werden und ihre Siedlungen, also ihre Hütten und Baracken, die ohnehin sehr schlecht sind, platt gemacht werden und sie aus den Städten vertrieben werden, zum Teil in Dörfer oder kleinere Städte weit außerhalb. Dort haben sie dann überhaupt keine Einkommensmöglichkeiten mehr. Ich glaube, die OSZE hat mehrfach mit Programmen versucht, die Menschen dort mit Ausweispapieren auszustatten, doch ist das offensichtlich eine sehr schwierige Aufgabe. Herr Zertik fragte nach den Unterschieden zwischen Sinti und Roma in Deutschland. Frau Herold hatte dazu schon gesagt, dass es verschiedene Gruppen gibt. Die deutschen Sinti sind seit etwa 600 Jahren im deutschen Sprachraum ansässig. Die Zahlen – 60.000 bis 80.000 – werden auch innerhalb des Vorstandes des Zentralrates immer wieder unterschiedlich diskutiert. Das sind deutsche Staatsbürger. Das gleiche gilt für eine große Zahl der deutschen Roma, die vor dem ersten Weltkrieg, zum Teil nach dem ersten Weltkrieg, hierhergekommen sind. Es gibt vor allen Dingen andere Gruppen, wie etwa die in den siebziger Jahren nach

Deutschland eingewanderten Roma aus dem damaligen Jugoslawien, die als Gastarbeiter hierhergekommen sind, und die als Roma in der Öffentlichkeit so gut wie nicht aufgetreten sind. Damals war der Arbeitsmarkt von Anfang an offen. Das macht einen großen Unterschied aus. Die sind mehr oder weniger mit all den Integrationsschwierigkeiten in Deutschland aufgenommen worden wie andere Gastarbeiter auch. Es hat bei den türkischen Gemeinden auch fast zwanzig Jahre gedauert, bis die Instrumente alle da waren, angefangen von der Sprachförderung bis hin zu Übergangsschule und Beruf. Also all die Instrumentarien, die wir da haben, die werden jetzt natürlich auch für Zuwanderer aus Rumänien, Bulgarien usw. gebraucht. Ein Satz noch zu den Auswirkungen in den Herkunftsländern: Es ist nicht nur so, dass dieser Brain-Drain alleine die Ärzte betrifft, was tatsächlich ein Problem ist. Es betrifft auch die Roma-Minderheiten in diesen Ländern. Ich weiß aus Bulgarien, dass von den Führungspersonlichkeiten unter den Roma, auch den Jüngeren, die zum Teil hoch qualifiziert waren, die meisten aus Bulgarien fortgegangen sind. Ich habe selbst ein Projekt mit 120 jungen Roma durchgeführt, die alle Abitur hatten und an der Universität in Veliko Tarnovo qualifiziert werden sollten. Wir haben damals zusammengearbeitet mit einer Gruppe von Roma-Studenten an dieser Universität, dreißig Leute, von denen maximal noch zehn in Bulgarien sind. Also von 150 Leuten sind noch zehn in Bulgarien geblieben, das heißt, auch da fehlen dann die Ansprechpartner für Entwicklungsprojekte. Das hat eine Schwächung der ganzen Minderheit zur Folge. Was die „best practice“-Projekte angeht – ich kenne keine. Ich lese zwar immer wieder Berichte, in denen „best practice“ dann gelobt wird – nicht nur aus Südosteuropa, auch aus Spanien – aber sobald die Mittel für die Arbeitsförderung zum Beispiel aufgebraucht sind, sind auch die Arbeitsplätze weg, und der Übergang in den normalen Arbeitsmarkt findet nicht statt. Solche öffentlichen Arbeiten, die dort veranstaltet werden, waren in Ungarn zum Beispiel das Reinigen von Wäldern. Zu denen wurden Roma abkommandiert, mit der Folge, dass man, wenn man nicht mitarbeitete, auch keine Sozialhilfe mehr bekam. Es waren sehr ungute Projekte, die mit europäischer Förderung unter



dem Stichwort „Beschaffung von Arbeitsplätzen“ gelaufen sind. Das gleiche gilt für eine ganze Reihe von anderen Ländern, wo die Arbeitsplätze im Grunde genommen den Besen beinhalten, mit dem dann die Straßen gefegt werden. Das, was ich an guter Praxis gesehen habe, das war ein Hausbauprojekt in der Slowakei. Das wurde von lokalen NGOs in Zusammenarbeit auch mit deutschen Organisationen gemacht. Die haben es zum Beispiel geschafft, ohne europäische Förderung mit Spendenmitteln und mit Mitteln von anderen Stiftungen in diesem Ort Häuser zu bauen, indem sie die Familien über ein Jahr lang haben Geld ansparen lassen, nämlich 50 € pro Monat, das dann mit einem Mikro-Kredit von 5.000 € verbunden wurde. Die Organisation, die ganzen formalen Voraussetzungen, wurden geklärt, das heißt diese Häuser wurden auf legalem Grund, den die Gemeinde zur Verfügung gestellt hatte, gewissermaßen mit einem roten Punkt für die Bauberechtigung eingetragen, damit diese Häuser tatsächlich Eigentum bleiben und legal dort stehen. Die Stadt hat für Kanalisation, Straßen, Stromanschluss usw. gesorgt. Das Ganze ist mit erheblichem Eigenanteil erstellt worden. Die Häuser wurden von der Community selbst gebaut, da wurden Trainings veranstaltet für Zimmerleute, die das Dach draufsetzten, für Maurer eine Maurerschule gemacht usw., mit der Folge, dass die Häuser die Hälfte von dem kosten, was in der Nachbarstadt über ein EU-Projekt als soziale Wohnungsbaukategorie C, also unterstes Niveau, also Notunterkünfte, gebaut wurde. Das heißt, da gibt es in der Tat intelligentere Methoden, das Geld einzusetzen. Deshalb war ich auch so sehr von dieser Idee eines EU-Fonds angetan. Ein solcher Fonds kann auch kleinen Organisationen Mittel zur Verfügung stellen, etwa für Kleinkredite oder ähnliches. Denn kleinere Organisationen – das gilt übrigens auch für Deutschland – sind überhaupt nicht in der Lage, sich an einem EU-Projekt zu beteiligen, weil sie einen Großteil der Finanzen vorstrecken müssten. Keine kleine Organisation kann das leisten. Auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma könnte an EU-Projekten nur unter erheblichem Risiko teilnehmen. Wir haben das mal gemacht, und da musste dann das Land Rheinland-Pfalz die Ausfallbürgschaft übernehmen und darauf warten, dass die Gelder von der EU nach Projektende angewiesen wurden. Ich glaube, Berlin hat für

solche kleinen Organisationen einen extra Fonds eingerichtet, damit die Anträge gestellt werden können und diese Vorfinanzierung dann über diesen Berliner Fonds abgedeckt wird. Das wäre eine Methode, die auch für andere Länder zu übernehmen wäre.

Die Forschungslücken im Bildungsbereich gibt es bestimmt, allerdings ist der Zentralrat nicht unbedingt der Auffassung, dass man dort Forschung betreiben muss, um die Lücken in der Bildung zu schließen, sondern dass es Aufgabe der Verbände ist, da entsprechende Initiativen zu ergreifen. Diese Initiativen müssten dann auch unterstützt werden. Aber ob da unbedingt Forschung weiterführend ist, wage ich zu bezweifeln. Es gibt auf alle Fälle bei den deutschen Sinti eine erhebliche Skepsis gegenüber jeder Form von Datenerfassung. Der Zentralrat sagt, dass eine solche Erfassung, die ja Voraussetzung für Forschung im Bildungsbereich ist, nur dann passieren kann, wenn das unter der Federführung der Verbände selbst gemacht wird, das heißt die Daten unter der Kontrolle der Verbände liegen und dort auch bleiben. Der Landesverband in Baden-Württemberg hat eine solche Bildungsstudie vorgelegt. Der Zentralrat hat da zum Teil andere Positionen eingenommen. Nach unserer Auffassung kann eine solche Forschung nur unter führender Beteiligung der jeweiligen Einrichtungen vor Ort passieren. In anderen Ländern gibt es eine andere Tradition, das ist wohl wahr. In Bulgarien wird schon in den Kindergärten für jedes Kind in der Akte eine Notiz gemacht, zu welcher Minderheit es gehört. Diese Akte geht dann an die Schule. Jeder Lehrer weiß dann auch gleich, wo das Kind hingehört. Diese Akte geht dann mit bis an die Universität, sie begleitet also das Kind über die gesamte Bildungskarriere hinweg. Die deutschen Sinti legen großen Wert darauf, dass ihre Kinder in der Schule nicht unbedingt als Sinti-Kinder wahrgenommen werden, weil sie nicht Vorteile, sondern eher handfeste Nachteile erwarten. Ich glaube, das gilt auch für die bulgarischen Kinder. Ich glaube nicht, dass es für die Kinder unbedingt ein Vorteil ist, wenn in ihrer Schulakte steht, dass sie Roma-Kinder sind. Deshalb bin ich bei all diesen Fragen nach einer Forschung, die auf Erhebungen im Klassenzimmer beruht, im Zweifel, ob das wirklich so notwendig ist. Um ein Stipendienprogramm für Sinti bzw. für Sinti und



Roma in Deutschland anzubieten, braucht man keine großen Forschungslücken schließen. Da reicht es, wenn das Programm da ist. Der Antiziganismus-Bericht und die Maßnahmen-Vorgaben: Der Zentralrat hat natürlich eine ganze Reihe von Maßnahmen-Vorgaben, die eigentlich keinen Antiziganismus-Bericht brauchen, um begründet zu sein. Zum Beispiel die Mitgliedschaft in Rundfunk- und Fernsehräten wäre ein wichtiges Thema, um die Berichterstattung mit einem ein wenig anderen Schwerpunkt zu versehen. Insofern denke ich, ein solcher Antiziganismus-Bericht sollte nicht die Forderungen des Zentralrates absegnen, er richtet sich ja vor allen Dingen an die Mehrheitsbevölkerung, wo die Vorurteile sitzen. Es wäre ein wichtiges Signal des Deutschen Bundestages zu sagen, wir wollen einen solchen Bericht und wir wollen von Wissenschaftlern, die unabhängig von den politischen Forderungen des Zentralrates sind, wissen, was getan werden kann über das hinaus, was an Forderungen ohnehin schon da ist. Da können schon ein paar neue Erkenntnisse herauskommen. In den Städten, wo es massive Probleme gibt, scheint es, dass die Ablehnung von Sinti und Roma wächst. Aber ob der bestehende Antiziganismus für die Probleme und die Spannungen dort verantwortlich ist, oder ob das ein Problem von Stadtentwicklung, Quartiersmanagement usw. ist – d.h. unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit der Familien, die dort leben - das könnte man durchaus kontrovers diskutieren. Ein solcher Bericht ist nach wie vor notwendig, und da bleibt der Deutsche Bundestag aufgefordert, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Die letzte für unsere Anhörung zur Verfügung stehende Stunde ist bereits angebrochen. Wir haben noch eine Reihe von Wortmeldungen in der dritten Fragerunde, die Kollegen Heinrich, Höger, Dr. Brunner und Dr. Strengmann-Kuhn. Wenn ich die bisherigen Runden sehe, schließe ich nicht aus, dass dies die letzte Runde wird. Wir starten mit Herrn Kollegen Heinrich.

Abg. **Frank Heinrich** (CDU/CSU): Dankeschön noch einmal. Mein Wissenszuwachs ist ungemein, das ist nicht bei jeder Debatte so. Danke, dass Sie

so gut auf die Fragen reagieren. Einige sind inzwischen trotzdem dazugekommen. Ich möchte Frau Herold fragen, wie konkret Roma-Frauen im Bereich Gleichstellung aktiv sind, um die Bedürfnisse und das Selbstbewusstsein der Roma-Frauen-Community zu stärken. Gibt es da gemeinsame Initiativen mit deutschen Frauen oder Frauen aus anderen Bevölkerungsgruppen, die von ähnlichen Problemen betroffen sind, oder die das aus reiner Solidarität miteinander machen? Gibt es Gespräche und Initiativen seitens des Zentralrates mit Partnerorganisationen? Ich vermute das, möchte aber auch gerne wissen, wie diese Vereine für Sinti und Roma sind, die Regierungsvertreter in den Heimatländern. Gibt es in den Herkunftsländern auch so etwas Ähnliches wie einen Zentralrat wie hier bei uns?

Herr Professor Brücker, Sie haben die Schwierigkeiten geschildert, die Sie mit der Datenlage haben und der Notwendigkeit, konkret zu antworten und zu reagieren. Diese Schwierigkeiten waren nicht nur latent zu spüren. Die Maßnahmen dazu müssen unabhängig gemacht werden. Keine spezifischen Maßnahmen, sondern Maßnahmen aller Migranten. Davon würden dann auch die Roma profitieren. Habe ich das so richtig verstanden? Wie würden die anderen drei Sachverständigen darauf reagieren? Frau Dr. Bastians, das hörte sich zumindest anders an, einige der Programme sind ja konkret auf diese Personengruppe gemünzt. Frau Herold und Herr Heuss, denken Sie, es braucht doch eine Differenzierung, eine Konkretisierung auf die einzelnen Personengruppen?

Sie haben den Umgang mit dem Antiziganismus-Bericht angesprochen. Verschiedene Wissenschaftler haben in den vergangenen Tagen die Zuspitzung kritisiert und sich von der Minderheitenstudie distanziert. Warum mussten in der Presse und auch in der Pressekonferenz höhere Zahlen genannt werden, zum Beispiel 30 Prozent anstatt 20,4 Prozent? Warum musste man auf die 31 Prozent hinweisen, die es vorgezogen haben, nicht zu antworten, statt auf die 32 Prozent, die das als sehr willkommen ausgedrückt haben. Das ist zumindest für mich sehr befremdlich gewesen. Wenn man dann die anderen Zahlen hört - 83 Prozent der Leute sagen, „Freier Zugang zum Arbeitsmarkt“, 22 Prozent



dagegen „Nein, Abgrenzung“ -, dann ist das ein Bild, das nicht dem Eindruck entspricht, den ich beim ersten Lesen gewonnen hatte. Was wurde da versäumt, und warum musste man das so problematisieren? Da hätte ich gerne eine Einschätzung von Ihnen. War das nicht dem Thema gegenüber eher ein Bären dienst?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frau Kollegin Höger, bitte.

Abg. **Inge Höger** (DIE LINKE.): Ich würde gerne noch einmal auf den Zugang der Migranten und Migrantinnen aus Bulgarien und Rumänien zum Arbeitsmarkt eingehen wollen bzw. noch einmal nachfragen. Da gab es ja sehr unterschiedliche Positionen. Herr Professor Brücker hat ausdrücklich gesagt, dass diese Gruppe eigentlich eine sehr hohe Beschäftigungsrate ausweist, mehr als andere Migrantengruppen. Auf der anderen Seite haben Sie, Frau Bastian, in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass es einen Teil gibt, der wirklich auf Grund fehlender Sprachkenntnisse, geringem Bildungsstand und unklarer Ausbildungssituation sehr große Schwierigkeiten bei der Integration in den deutschen Arbeitsmarkt hat. Handelt es sich da um sehr unterschiedliche Zuwanderungsgruppen? Dann gab es noch den Hinweis auf die Stellungnahme des Zentralrates, wonach es viele Sinti und Roma gibt, die ursprünglich bei irgendwelchen Subunternehmen eher halblegal im Baugewerbe oder in der Fleischereiindustrie gearbeitet haben. Hat sich deren Situation jetzt verbessert? Ich konnte das nicht so richtig einordnen, da ja jetzt die Freizügigkeit eingetreten ist. Was haben Sie für Vorschläge, um insgesamt die Partizipations- und Integrationsmöglichkeiten zu verbessern?

Frau Herold, wir hatten hier im Ausschuss schon einmal eine Anhörung zu Zwangsprostitution und Menschenhandel. Ein Ergebnis war, dass es einen sehr großen Anteil an der Prostitution gibt, die einfach Armut-Prostitution ist. Das betrifft einen großen Teil von Migrantinnen, auch aus Bulgarien und Rumänien. Die Ursachen sind auch dort die geringe Bildung und fehlende Sprachkenntnisse. Weitere Ursachen sind, dass diese Frauen gar keine andere Perspektive haben, als sich als Prostituierte zu verdingen. Wie können wir diesen Frauen helfen, aus dieser Situation heraus zu

kommen, und auf dem normalen Arbeitsmarkt Möglichkeiten zu haben?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Kollege Dr. Brunner, bitte.

Abg. Dr. **Karl-Heinz Brunner** (SPD): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute hier die Stellungnahmen der Sachverständigen hören, darf ich mich zum einen sehr herzlich dafür bedanken. Aber ich stelle im Rahmen dieser Anhörung und der Fachfragen fest, dass wir auf den drei Ebenen, in denen wir eigentlich zu diskutieren haben - einmal die Situation der Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland, zum zweiten ihre Lage in der Europäischen Union und angrenzenden Staaten und zum dritten die Zuwanderungsdebatte schlechthin - ein bisschen stark zuwanderungslastig sind. Ich sage das deshalb, weil ich die Zuwanderungsfrage gerne anders diskutiert hätte als unter der Überschrift „Sinti und Roma“. Ich sage das auch deshalb, weil ich mehreren Stellungnahmen und nicht zuletzt der sehr guten Beantwortung der Frage der Bündnisgrünen durch Frau Gordana Herold entnehme - und auch Sie Herr Heuss haben das in den letzten Ausführungen gesagt - , dass der Schlüssel schlechthin immer die Frage des Arbeitsmarktes ist. Zu dem Zeitpunkt, als Roma aus Ex-Jugoslawien in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelten, war aufgrund des bestehenden Arbeitsmarktes die Problematik des Arbeitsmarktes nicht abzusehen und außerdem andere Integrationsmöglichkeiten gegeben. Deshalb die Frage an Frau Herold: Sie haben angesprochen, dass auch bei der Frage der autochthonen Sinti in der Bundesrepublik und autochthonen Roma immer ein latenter oder sogar tatsächlich vorhandener Antiziganismus im Spiel ist. Bei den unterschiedlichen Projekten, die aufgelegt und umgesetzt werden, in Deutschland oder in anderen Ländern, wird nun welcher Ansatz von Ihnen empfohlen? Der einheitliche Ansatz - also nicht zu unterscheiden zwischen Einwanderern und schon immer bzw. seit 600 Jahren in einem Land lebenden Bürgern - oder der differenzierte Ansatz? Ich sage, wir müssen zum einen Antiziganismus innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bearbeiten und zum anderen die Integrationsmaßnahmen für



Menschen verstärken, die in die Bundesrepublik Deutschland zuziehen. Die zweite Frage, die ich gerne Frau Bastians stellen möchte - weil sie sie auch mit aufgeworfen hat - nämlich zu dem etwas schwierigen Umgang mit EU-Mitteln und der speziellen Projektgestaltung: Können Sie uns vielleicht sagen, ob und in welcher Form diese Projektideen geboren werden, ob die aus der Europäischen Union kommen oder tatsächlich womöglich von uns? Wo bestehen dort im Einzelfall dann Möglichkeiten zum Austarieren, da man ja ungern nach Brüssel zeigen will, denn dort zeigt man auf uns zurück. Wir wollen am Schluss ja irgendeine Lösung haben. Wenn wir Geld einsetzen, dann soll es vernünftig eingesetzt werden, dann soll es so eingesetzt werden, dass erstens die Arbeitsmarktsituation sich tatsächlich - gleich ob hier oder in den betroffenen Ländern - zugunsten des betroffenen Personenkreises deutlich verbessert hat und die Kontrolle darüber dann nur noch stichprobenartig erfolgt. Wenn Sie uns dazu Auskunft geben könnten, wäre es sehr schön. Ich darf mich aber gleichzeitig entschuldigen, dass ich unter Umständen nicht mehr bis zum Ende der Beantwortung da sein kann, da ich bereits in einem anderen Ausschuss dringend erwartet werde, es aber im Protokoll sorgsam nachlesen werde. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank! Herr Kollege Strengmann-Kuhn, bitte.

Abg. Dr. **Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch für die Stellungnahmen. Ich wollte noch einmal bei Herrn Brücker zu den Zahlen nachfragen. Sie haben in Ihrem letzten Zuwanderungsmonitor ja die aktuellen Zahlen und jetzt gerade eben auch dargestellt, dass die SGB II - Quoten bei den Menschen, die aus Bulgarien und Rumänien zu uns kommen, steigen. Dazu muss man jedoch betonen, dass Frau Bastians gesagt hat, dass da nur diejenigen sind, die überhaupt einen Antrag stellen. Außerdem müssen sie einen Anspruch auf Leistungen haben, und das sind dann überwiegend Aufstocker, weil Arbeitslose ja nach dem Sozialgesetzbuch ausgeschlossen sind. Deswegen wollte ich noch einmal nachfragen, wie groß der Anteil der Aufstocker an den SGB II - Bezieherinnen und Beziehern ist, die aus

Bulgarien und Rumänien kommen. Da ist der Anteil ja auch kräftig gestiegen. Wenn man feststellt, dass das zum großen Teil Aufstocker sind, hat man ein ganz anderes Problembild als das, was bei manchem vielleicht entsteht, wenn man von SGB II - Bezug ausgeht. Meine zweite Frage in diesem Zusammenhang: Sie haben gesagt, Arbeitsvermittlung sei ein ganz zentraler Punkt, damit die Menschen tatsächlich in den Arbeitsmarkt kommen. Ist jedoch vielleicht der Ausschluss, den wir im SGB - II für Leute haben, die Arbeit suchen, ein Problem, weil diese dann keinen Zugang zur Arbeitsvermittlung haben oder zumindest einen schlechteren Zugang, wenn sie nicht gleichzeitig auch passive Leistungen erhalten, um dann auf anderen Wegen oder auf anderen Gebieten aktiv zu sein, um ihren Lebensunterhalt zu sichern? Vielleicht kann auch Frau Bastians zu diesem Punkt noch einmal Stellung nehmen. In dem Papier vom Städtetag ist zumindest angedeutet, dass das Fehlen der sozialen Sicherung auch ein Problem sein könnte. Eine andere Frage, an Herrn Heuss, nämlich zur EU-Roma-Strategie: Sie haben vorhin noch einmal dargestellt, dass Sie Probleme mit der nationalen Umsetzung haben. Das Problem, das ich sehe, ist, dass es gar keinen nationalen Aktionsplan Deutschlands an dieser Stelle gibt. Daher meine Frage, ob Sie sich nicht eine Umsetzung vorstellen können, die Ihre Probleme und Argumente, an denen ja durch etwas dran ist, mitberücksichtigt. Mein Vorschlag: Da wären Maßnahmen enthalten, die sich explizit nur auf die zugewanderten Roma beziehen und auf der anderen Seite Maßnahmen gegen Diskriminierung, die sowohl zugewanderte als auch deutsche Sinti und Roma betreffen könnten. Könnte der Teil „Diskriminierung“ nicht eine Klammer sein sowohl für die Situation der deutschen als auch der zugewanderten Roma? Sie haben es ja eben selbst beschrieben, dass von der Diskriminierung beide Gruppen betroffen bzw. durch die steigende Zuwanderung und somit den steigenden Antiziganismus die hier schon länger Lebenden besonders betroffen sind. Aus meiner Sicht wäre es durchaus sinnvoll, wenn es einen nationalen Aktionsplan Deutschlands im Rahmen der EU-Roma-Strategie gäbe. Deswegen noch einmal die Frage, ob es nicht vielleicht doch eine Möglichkeit gibt, auf irgendeine Weise zu einem nationalen Aktionsplan zu kommen. Das Argument der Bundesregierung, weil der



Zentralrat das ablehnt, machen wir das auch nicht, finde ich immer ein bisschen schwierig.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Herr Heuss, Sie sind der erste Antwortredner in der dritten Antwortrunde. Ich weise darauf hin, dass mir noch zwei Wortmeldungen vorliegen. Ob wir die noch aufrufen können, hängt davon ab, wie lang Ihre Antworten sind, da die Anhörung pünktlich um 18.00 Uhr beendet wird. Ich darf Ihnen, Herrn Heuss, das Wort geben.

Herbert Heuss (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma): Was die Umsetzung von integrierten Maßnahmenpaketen angeht, liegt Deutschland wirklich nicht besonders weit vorn. Von Seiten des zuständigen Innenministeriums müsste ein genaueres Monitoring stattfinden, was denn eigentlich in Deutschland auf der kommunalen, Länderebene und gegebenenfalls auch auf der Bundesebene passiert. Ob man daraus einen nationalen Aktionsplan ableitet? Dagegen spricht nichts. Das Problem besteht aber trotzdem. Wenn man sagt, wir brauchen einen Aktionsplan für Sinti und Roma, dann muss man sehr genau schauen, dass daraus nicht eine Diskussion wird, wie wir die Probleme dieser Bevölkerungsgruppe lösen. Das ist auch bei der ganzen Zuwanderungsdiskussion thematisiert worden, und da hat Herr Brunner durchaus Recht. Man gerät auf die schiefe Ebene, wenn man anfängt, die Zuwanderung von Roma im Kontext von Zuwanderung als besonderes Problem noch einmal zu beschreiben. Das läuft nämlich dann darauf hinaus, dass das die sind, die bildungsfern und nicht genug qualifiziert sind, selbst wenn es dazu keine brauchbaren Zahlen gibt oder die Zahlen möglicher Weise sogar das Gegenteil belegen. Das wird in der öffentlichen Diskussion dann genau so dargestellt. Ich weiß, dass dann Journalisten in Heidelberg anrufen und mich genau danach fragen: Sind es die Roma, die gewissermaßen die zehn Prozent Zuwanderer sind, die die Probleme verursachen? Markus End hat in dieser Studie zum Antiziganismus in der Deutschen Öffentlichkeit eine dieser Schlagzeilen sehr genau analysiert. Da heißt es, es kommen nicht nur Roma, es kommen auch Akademiker. So wurde und wird die Diskussion geführt, und man muss wirklich sehr sorgfältig sein, wenn man

einen Aktionsplan hat. Wir haben einen nationalen Integrationsplan, es gibt alle möglichen Pläne. Da können Roma zum Beispiel im Rahmen des nationalen Integrationsplanes mit entsprechenden Projekten untergebracht werden. Dazu braucht es keinen besonderen Integrationsplan. Was die Akademiker angeht, hier auf der Tribüne sitzt auch einer, der früher beim Zentralrat gearbeitet hat und der als Akademiker hier in Deutschland auch einen von den Zusatzabschlüssen gemacht hat. Was die Antiziganismus-Studie angeht, Herr Heinrich, so ist sie gar nicht so kontrovers diskutiert worden. Da gab es einen Artikel im Spiegel. Herr Fleischhauer ist ja bekannt dafür, dass er die Gutmenschen immer schilt. Was die Studie selbst angeht, war das Spezifikum an dieser Antiziganismusstudie, die das Zentrum für Antisemitismusforschung durchgeführt hat, dass sie ihre Fragen nach Ablehnung auf einer Siebenerskala gestellt hat, während andere Studien auf einer Viererskala gefragt haben. Eine Viererskala sorgt natürlich dafür, dass es eine andere Polarisierung gibt. Bei der Siebenerskala - und das ist vielleicht ein Problem der Studie - kann man über die Mitte eigentlich nicht viel aussagen, ob sie eher dahin oder dahin tendiert. Frau Lüders und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes haben die letzten drei ablehnenden Positionen zusammengezogen und kamen auf 30 Prozent, während die extreme Ablehnung eben bei 20 Prozent lag. Aber Herr Heinrich, da muss man dann auch sagen, wenn Sie solche Zahlen zum Beispiel zum Antisemitismus in Deutschland hätten, würde es einen Aufschrei geben, egal ob es 30 Prozent oder 20 Prozent sind. Diese massive Ablehnung ist so oder so da. Eine Reihe von anderen Studien, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung etwa, die Leipziger Studie, arbeitet mit dieser Viererskala und zeigt immerhin eine Tendenz, wohin es geht. Ich glaube, dass, was den differenzierten Ansatz bei Maßnahmen angeht, es sicher richtig ist, dass man da sehr genau hinschauen muss, um welche Gruppe es eigentlich geht. Was einen Teil der Kosovo-Flüchtlinge, die in Deutschland noch immer unter einem ungeklärten Aufenthaltsstatus leben, betrifft, gibt es inzwischen die klare Forderung, Erwartung und Notwendigkeit, dass diese Gruppe einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommt. Das ist ein Thema, das für die deutschen Sinti nicht so



brennend ist, weil sie nämlich deutsche Staatsbürger sind. Was den Antiziganismus angeht, sind davon in der Tat alle gleichermaßen betroffen, und da hat auch die letzte Studie gezeigt, dass es keinen Unterschied macht, ob man zugewandert oder seit Generationen hier in Deutschland ansässig ist. Deshalb sind diese Maßnahmen gegen Antiziganismus - und das reicht eben von den deutschen Repräsentanten bis hin zu den Schulbüchern, einschließlich der Expertenkommission im Deutschen Bundestag - notwendig.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich möchte vollständigshalber darauf hinweisen, dass auch Wissenschaftler, die an der Studie beteiligt waren, sich von der Interpretation auf der Pressekonferenz distanziert haben. Ich glaube, das gehört auch dazu. Die Frage war ja auch, ob diese Zuspitzung notwendig war. Das Ergebnis wurde ja gar nicht in Frage gestellt, vielmehr gab es offensichtlich Diskussionen darüber, wo welches Vorwort präsentiert wird.

Herbert Heuss (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma): Ich war auch auf dieser Pressekonferenz und mir ist nicht aufgefallen, dass sich da jemand distanziert hat.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Ich wollte es deswegen ergänzen, weil verschiedene Wissenschaftler dazu Stellung genommen haben. Ich finde, die Frage muss erlaubt sein, ob diese Zuspitzung der Skala-Änderung notwendig ist, wenn die Wissenschaftler, die an der Studie beteiligt waren, diese Interpretation kritisiert und sich davon distanziert haben. Frau Herold hat das Wort.

Gordana Herold (Romane Romnja Initiative): Zuerst zur Frage von Herrn Heinrich, in der es um die Stärkung von Roma-Frauen geht und um die Solidarität der Roma-Frauen mit anderen Frauen. Dazu kann ich folgendes sagen, dass bislang Roma-Frauen im Kontext Gendermainstreaming oder gleichberechtigter Teilhabe in Deutschland nicht berücksichtigt worden sind. In Deutschland fehlen einfach bislang in Bezug auf die Förderung von Roma-Frauen die finanziellen Mittel, auch die politischen Handlungsstrategien und insbesondere der politische Wille. Es gibt auch

kaum Fürsprecherinnen oder Fürsprecher. Weder unter den Roma-Männern, die aktiv in der Roma Bewegung sind, noch in der Zivilgesellschaft oder in der Politik. Zweifellos geht es hier nicht um eine Hervorhebung oder Bevorzugung von Roma-Frauen, sondern um die Angleichung beziehungsweise Gleichstellung der Roma-Frauen mit anderen Frauen in Deutschland, mit Frauen, die ihren Weg der Emanzipation schon vor Jahrzehnten eingeschlagen haben. Mittlerweile verfügen auch schon viele Migrantinnen über eine ausreichende Lobby in Deutschland. Da, wo in Deutschland schon diese Strukturen für Frauen bestehen, für Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen, gilt es, jetzt Rahmenbedingungen endlich auch für Roma-Frauen nachzuliefern, damit Roma-Frauen anderen Personen auf Augenhöhe begegnen können. Das ist notwendig, um für Verständnis und Unterstützung innerhalb der Frauen-Politik, aber auch insgesamt in der Politik zu werben, um Roma-Frauen zu fördern und ein bisschen zu „pushen“.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Herr Prof. Brücker, bitte.

Prof. Dr. **Herbert Brücker** (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit): Ich beginne mit der Frage von Herrn Heinrich nach spezifischen Maßnahmen für Roma oder allgemeinen migrationsspezifischen Programmen bei der Arbeitsmarktintegration. Wenn ich ehrlich bin, kann ich mir eigentlich kein spezifisches Programm für Roma vorstellen. Was sind denn diese Programme zur Arbeitsmarktintegration? Da geht es um Sprachförderung, EFS-Programme, Nachqualifizierungsmaßnahmen, Qualifizierungsmaßnahmen, Beteiligung, alles Dinge, wo wir von Gesetz wegen nicht diskriminieren dürfen. Da muss es den gleichen Zugang für alle geben. Wenn jemand spezifische Hemmnisse hat, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden - nehmen wir ein Extrembeispiel wie Analphabetentum - dann sind Analphabeten unabhängig von ihrer Herkunft gleich zu behandeln. Es kann sein, dass wir in der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik nicht die geeigneten Programme haben. Das wäre eine Debatte, die wir kritisch führen müssen. Sind wir bzw. die Arbeitsmarktpolitik auf die Probleme,



die bei der Zuwanderung auftreten - und das ist aus meiner Sicht keine Diskussion über Bulgarien, Rumänien oder Roma - ausreichend vorbereitet und tun wir da genug? Da habe auch ich als Arbeitsmarktforscher zum Teil Zweifel. Da könnten wir glaube ich mehr tun. Ich habe den Punkt der Arbeitsvermittlung angesprochen. Arbeitsvermittlung ist eine der ganz großen Schlüsselfragen, weil sie praktisch den Übergang schon im Herkunftsland schafft, um dann Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Da muss man sehr spezifisch auf ihre Eigenschaften eingehen. Gerade die internationale Arbeitsvermittlung hat Mängel. Da müssen wir sehr viel tun. Aber das kann nicht ein Programm sein, das auf eine spezifische nationale oder ethnische Gruppe geht. Ganz abgesehen davon, dass wir auch durch den Gesetzgeber diese ethnische Gruppe gar nicht unterscheiden dürfen, was, wie ich meine, aus sehr guten Gründen geschieht. Insofern glaube ich, dass es nie ein spezifisches Programm für Roma geben wird, wir aber darüber nachdenken müssen, wie unsere Programme besser werden und wie wir Problemlagen, die möglicherweise Roma in besonderem Maße betreffen, so angehen, dass wir diesen adäquat in der Arbeitsmarktpolitik begegnen können. Ich bin da sehr vorsichtig, weil wir nicht die notwendigen Datengrundlagen haben.

Zu der Frage von Frau Höger, wie es denn nun eigentlich auf dem Arbeitsmarkt aussieht. Wir haben Licht und Schatten. Wir haben auf der einen Seite diese sehr positive Beschäftigungsentwicklung, die man noch einmal differenzieren muss nach der Art der Jobs. Der Durchschnitt des Medianeinkommens liegt bei 1.900 Euro. Das sind gut 1.000 Euro weniger als das durchschnittliche Medianeinkommen der deutschen Bevölkerung. Das ist, wenn man sich ein bisschen mit Arbeitsmarktforschung beschäftigt, ein dickes Brett. Das ist eine enorme Differenz. Es ist interessanter Weise bis auf den Euro fast das gleiche Medianeinkommen wie bei den Zuwanderern aus Polen und aus den anderen EU-8-Staaten. Da haben wir praktisch keinen Unterschied, aber trotzdem ist dieses Einkommen gering. Wir wissen aus der Migrationsforschung, dass sich das dann im Laufe der Zeit und der Aufenthaltsdauer erhöht. Ist im Moment ist es jedoch noch sehr niedrig, und wir haben die

Beschäftigung unterhalb der Qualifikation. Bei denen, die im Arbeitsmarkt bereits drin sind, haben wir erheblich Probleme. Das ist auch eine große Frage der Arbeitsmarktpolitik. Wie beschleunigen wir diese - wie man es in der angelsächsischen Forschung nennt - „Assimilationsprozesse“ im Arbeitsmarkt bzw. Lohnkonvergenz oder gleiche Karrierechancen, damit sie mit den Einheimischen konvergieren. Wir lernen jetzt aus unseren Datengrundlagen, aus unseren Studien, dass die Anerkennung der Abschlüsse die Einkommen um fast 30 Prozent erhöht. Ähnliches gilt für gute deutsche Sprachkenntnisse. Wir wissen schon ein paar Dinge darüber, was die Integration wirklich fördert. Daraus müssen auch arbeitsmarktpolitische Konsequenzen gezogen werden. Wir haben dann aber auch Gruppen, die wir nicht in den Arbeitsmarkt integrieren, die sich auch in bestimmten Kommunen konzentrieren. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir sehr unterschiedliche Lagen haben. Wenn Frau Bastians sagt, wir haben kleine Minderheiten, wo wir massive Probleme haben, so habe ich das in alten Stellungnahmen des Deutschen Städtetages auch schon mal anders gelesen. Und wenn wir uns darauf einigen können, dann haben wir in bestimmten Kommunen massive Probleme. Es handelt sich vielleicht um eine Gruppe, wenn wir über Bulgaren und Rumänen insgesamt reden. Es handelt sich um eine große Gruppe, wenn wir über eine Kommune in Duisburg reden. Da reden wir dann möglicherweise auch über die Mehrheit der Leute, wo wir diese massiven Probleme haben. Insofern ist da wahrscheinlich in der Problemanalyse gar kein großer Dissens. Dort kumulieren dann auch Probleme von geringem Bildungsstand, geringer Schulbildung, schlechter Arbeitsvermittlung usw. Das sind halt diese Kommunen, die selber strukturschwach sind, wo wir auch sonst enorme Arbeitsmarktprobleme haben und Probleme der Arbeitsmarktintegration auch von ganz anderen Gruppen. Die Bulgaren und Rumänen unterscheiden sich manchmal in diesen Kommunen gar nicht so furchtbar von den anderen. Was uns besorgt macht oder beschäftigt in der Migrationsforschung, ist die Frage, warum so viele Menschen eigentlich in strukturschwache Kommunen gewandert sind. Die Mehrheit der Bulgaren und Rumänen sind in strukturstarke Kommunen gegangen, aber eine doch qualifizierte



Minderheit in die strukturschwachen Kommunen, wo es günstigen Wohnraum gibt. Die Erklärungen sind relativ banal. Aber das kann sich zur Falle entwickeln, und es entwickelt sich zur Falle für die weitere Integration. Da gibt es keine einfachen Patentlösungen. Insofern muss man ein differenziertes Bild ohne diese Probleme malen und in der Arbeitsmarktpolitik da ansetzen. Hat sich jetzt die Lage der Roma verbessert? Wir wissen es nicht. Was wir sagen können, ist, dass sich durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit die Möglichkeiten der Integration in den Arbeitsmarkt dramatisch verbessert haben. Das zeigen die steigenden Beschäftigungsquoten. Es gehen natürlich auch die Anreize über die Arbeitnehmerentsendung und Arbeitnehmerüberlassung zurück. Diese Phänomene - wie in den Schlachthäusern - nehmen natürlich mit der Freizügigkeit ab, weil es dann andere Optionen gibt, um sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir müssen sehen, dass wir durch unsere Politik, durch einen restringierten Zugang in den Arbeitsmarkt, nicht alle diese Probleme, aber einen Teil dieser Probleme, selber geschaffen haben. Ich habe Zweifel, dass dort überwiegend Roma repräsentiert sind. Diese Arbeitnehmerentsendung oder auch die Saisonarbeit ist ein Phänomen, das auch die ländliche Bevölkerung aus diesen Ländern betrifft, das aber häufig einen ganz anderen ethnischen Hintergrund hat. Wir wissen darüber zu wenig. Insofern hat sich da zwar etwas Positives getan, allerdings aus meiner Sicht noch lange nicht genug. Außerdem haben wir eine Verfestigung. Das sehen wir in den steigenden SGB II - Zahlen von bestimmten Gruppen, wo es uns nicht gelingt, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das wird eine Langzeitaufgabe. Da muss man sich überhaupt keine Illusionen machen. Da geht die Schere auseinander. Die größere Gruppe von denen, die schon in Deutschland vor der Arbeitnehmerfreizügigkeit waren, integriert sich in den Arbeitsmarkt. Aber es gibt eine kleine Gruppe, die zunehmend in den Statistiken auftaucht, die große Integrationsprobleme hat, und das ist ein Langzeitprojekt. Auf die Frage von Herrn Brunner, der gesagt hat, dass der Schlüssel für den Zugang die Arbeitsmarktintegration sei: Das sehe ich im Prinzip auch so. Aber auch dort gilt im Prinzip, dass die Arbeitsmarktpolitik das nur bedingt

adressieren kann. Es gibt vielleicht einen Punkt, an dem wir arbeiten müssen, und das überschneidet sich mit der Arbeitsmarktpolitik: Wir wissen aus der Arbeitsmarktforschung, dass Arbeitsmarktdiskriminierung in Deutschland massiv ist. Wir wissen das aus anonymisierten Bewerbungsstudien. Das betrifft jetzt nicht die Minderheit der Roma, das betrifft generell Ausländer, vor allem Ausländer mit einem muslimischen Hintergrund. Es würde Roma genauso betreffen, wenn man solche Studien gezielt im Hinblick auf Roma machen würde. In diesem Bereich der Arbeitsmarktdiskriminierung gibt es aus meiner Sicht noch viel zu tun. Man kann über ordnungspolitische Maßnahmen nachdenken oder anonymisierte Bewerbungsstudien. Ich glaube, das wird ökonomisch am Ende nicht zielführend sein. Aber je mehr wir - das wissen wir aus ökonomischen Forschungen - Transparenz über Bewerber schaffen, bauen wir ökonomische Gründe für Diskriminierung ab. Gute Transparenz über Bewerber herzustellen, ist vor allen Dingen eine Aufgabe der guten Arbeitsvermittlung und das beste Mittel, um diese Diskriminierung im Arbeitsmarkt abzubauen. Aber da gibt es aus meiner Sicht und aus Unternehmensperspektive sehr viel zu tun. Die Unternehmen in Deutschland sind auch lange durch die schlechte Arbeitsmarktlage sehr verwöhnt gewesen. Das verändert sich jetzt. Ich glaube, die gehen langsam an diese Probleme heran, aber es gibt da auch sehr viel für die Arbeitgeberverbände und für die Unternehmen zu tun.

Herr Strengemann-Kuhn, zu Ihrer Frage nach „Aufstockern“: Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir geschrieben „25 Prozent“. Das bezieht sich auf diejenigen, die abhängig beschäftigt sind und zugleich SGB II - Leistungen beziehen. Wir haben, wenn wir die Selbstständigen noch dazu rechnen, eine Quote von 29 Prozent. Das wären dann Leute, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und zugleich Leistungen nach SGB II beziehen. Man kann sagen, dies sei hoch. Wenn man sich die Höhe der Löhne und Gehälter ansieht, ist das fast noch überraschend niedrig. Wenn ich das vergleiche mit anderen Ausländergruppen, die im Durchschnitt höhere Löhne und Gehälter haben, so haben die auch höhere Aufstockerquoten als die Bulgaren und Rumänen. Insofern stehen wir möglicherweise erst am Anfang einer



Entwicklung, die steigt. Aber der Anstieg des Zugangs zum SGB II können wir nicht über die Aufstocker erklären, sondern der überwiegende Teil, diese restlichen gut 70 Prozent, sind eben Personen, die nicht erwerbstätig sind. Das ist schon die große Mehrheit. Es gibt natürlich verschiedene Wege dort reinzukommen. Sie können vorher erwerbstätig gewesen sein, sind es heute aber nicht mehr. Sie können Familienangehörige von Erwerbstätigen sein und dann existieren diese Familien nicht mehr. Es gibt alle möglichen Wege. Der Weg ins SGB II ist vielfältig und bunt. Frau Bastians hat Recht, wenn sie sagt, nicht jeder habe einen Antrag gestellt. Es gibt immer eine große Gruppe – und die war vor einem Jahr noch sehr viel größer – die nicht beschäftigt war - wir haben in unseren Analysen eigentlich immer genau darauf hingewiesen - und keine Leistungen bezieht. Am Extremsten war es in Duisburg. Da hat es ungefähr 75 Prozent der Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien betroffen. Duisburg ist ein Ausnahmefall, aber auch in anderen Kommunen lag diese Gruppe bei 30-40 Prozent. Diese Gruppe wird im Moment sehr viel kleiner, einerseits durch den Beschäftigungsanstieg, andererseits durch den Leistungsbezug. Immer größere Teile dieser Gruppe landen in diesen beiden Bereichen. Es gibt trotzdem immer noch einen signifikanten Anteil in der Bevölkerung, auf den dies zutrifft, nämlich diejenigen, die sich hier aufhalten, die weder Leistung beziehen noch beschäftigt sind und dann in einem dieser beiden Systeme landen. Das ist natürlich auch individuell sehr unterschiedlich. Das hängt davon ab, was die Menschen vorher gemacht haben, ob sie schwarz oder in irgendeiner Form im Arbeitsmarkt tätig waren, oder ob das eben nicht der Fall war. Das ist eine Entwicklung, die wir abwarten müssen, die wir jetzt vom Ende her noch nicht hundertprozentig einschätzen können.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wenn ich das richtig gedeutet habe, möchte Frau Herold noch etwas zu ihrer Antwort ergänzen.

Gordana Herold (Romane Romnja Initiative): Ich wollte gerne noch etwas hinzufügen, weil ich vergessen habe, auf die Frage von Frau Höger und auf die Frage von Herrn Brunner einzugehen. Die

Frage von Frau Höger galt der Zwangsprostitution und den Perspektiven, aus der Zwangsprostitution herauszukommen. Ich denke, da gibt es bereits Programme für Frauen aus Afrika und aus Asien. Da muss man sicherlich nicht neue Programme auflegen für Roma-Frauen, zumal es im Moment kein besonderes Thema der Roma-Frauen ist, sondern ein allgemeines Thema für Frauen, die in der Zwangsprostitution gelandet sind. Da haben sich schon einige Programme bewährt. In den bereits existierenden Programmen müssten einfach nur Roma-Frauen berücksichtigt werden. Auf die Frage von Herrn Brunner nach dem einheitlichen oder differenzierten Ansatz: Einheitlicher Ansatz für alle Roma-Gruppen, aber ein differenzierten Ansatz für die verschiedenen Gruppen. Das heißt, Roma-Flüchtlinge nicht unter dem Etikett „Roma“ zu führen, sondern sie allgemein in der Flüchtlingspolitik zu verorten. Auch Roma aus den neuen EU-Ländern dürfen nicht als „Roma“ etikettiert werden, sondern sind im Rahmen der Integrationspolitik zu verorten. Und alteingesessene Sinti und Roma bzw. Roma aus der Gastarbeitergeneration sollen innerhalb der Teilhabe und politischen Partizipation verortet werden. Es ist ein differenzierter Ansatz notwendig.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Dr. Bastians, bitte.

Dr. Uda Bastians (Deutscher Städtetag): In Anbetracht der Zeit fasse ich mich kurz. Herr Heinrich, Sie fragen, ob spezielle Programme für Roma notwendig sind. Ich möchte nicht Herrn Brücker wiederholen. Ich kann mich dem weitgehend anschließen. Es hängt aber natürlich auch vom Inhalt der Programme ab. Was zum Beispiel immer sinnvoll aus unserer Kommunalperspektive ist, ist die Einbeziehung von Bezugspersonen aus der eigenen Gruppe in bestimmte Programme, weil es einfach zum Abbau von Hemmnissen und Hürden führt. Das ist ein Weg, der für jede Gruppe notwendig und sinnvoll ist. Frau Höger, Sie fragten, ob die Gruppen der zuwandernden Menschen sehr unterschiedlich sind. Ja, das sind sie. Das hat Herr Brücker auch hinreichend ausgeführt. Es ist eben erforderlich, alle diese unterschiedlichen Gruppierungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, der ein natürlicher Schlüssel für die



Integration ist. Einer unserer Forderungen war die Öffnung der Integrationskurse, die vollumfängliche Öffnung auch für EU-Angehörige. Wir würden es weiter für sinnvoll erachten, wenn da ein Rechtsanspruch geschaffen würde. Was uns aber vor dem Hintergrund der Integration, später auch der Arbeitsmarktintegration, sehr wichtig erscheint, scheint ein gutes Bildungssystem auch für die zuwandernden Kinder aus Rumänien und Bulgarien zu sein. Wir dürfen hier keine verlorene Generation produzieren. Wir brauchen hinreichende Auffangklassen. Wir brauchen dafür die entsprechenden Mittel für die Sozialarbeiter. Sie müssen bedenken, die Kinder wandern nicht alle im Juli zu und gehen dann in eine neue Klasse, sondern sie kommen das ganze Jahr über. Da ist immer wieder ein Neueinstieg erforderlich. Da müssen wir genauer hinschauen, und dann müssen wir auch die entsprechenden Mittel haben, um diesen Kindern gerecht werden zu können. Herr Dr. Brunner hat ja für das Protokoll gebeten, die Projektideen aus der EU noch einmal aufzunehmen, wie man das besser fokussieren könnte. Ich möchte als Beispiel den EHAP, den Europäischen Fonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen, nennen. Da wird eine europäische Idee geboren und ein Grobkonzept gestrickt, und innerhalb der Bundesregierung muss dann ein operationelles Programm dazu geschaffen werden. Dieses operationelle Programm bringt es eben manchmal mit sich, dass es verkompliziert wird. Beispielsweise bietet dieser Fonds ein jährliches Budget von ungefähr 10 Mio. Euro. Das war der ehemalige Nahrungsmittelfonds. Eigentlich bestand Einvernehmen, dass man das auf diese Zuwanderergruppe fokussiert. Im Laufe des Verfahrens kamen noch zwei weitere Gruppen hinzu. Es gab enge Vorgaben, wie zum Beispiel die verpflichtende Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden. Es wurde immer komplizierter. Dann stellt sich am Ende die Frage, ob es noch Sinn macht, diese Mittel mitzunehmen oder ob der Verwaltungsaufwand für den Effekt zu hoch ist. Wenn 10 Mio. alleine auf die 27 betroffenen Städte verteilt werden, da bleibt nicht mehr viel übrig und weitere Probleme sollen noch von dem Kuchen einen Teil abbekommen. Es ist immer die Frage, wie diese operationellen Programme gestrickt sind. Da wäre sicherlich auch einiges möglich gewesen, um dieses

spezielle Problem zu fokussieren. Herr Strengmann-Kuhn hat gesagt, fehlende soziale Sicherung sei auch ein Problem. Natürlich, denn wenn jemand nicht für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann, gibt es Ausweichstrategien, die wir in den betroffenen Städten auch beobachten. Insofern ist eine soziale Absicherung im Sinne eines Einkommens natürlich sehr sinnvoll, zumal diese Menschen, die nicht sozial abgesichert sind, auch anfällig für Ausbeutung, Erpressung und ähnliche Vorkommnisse sind. Da liegt sicherlich noch einiges im Argen. Auch hier sind Bildung und Sprache der Schlüssel zur Beschäftigung, zusätzlich zu den Überlegungen, inwieweit auch die Bundesanstalt oder die Arbeitsvermittlung insgesamt das Thema besser aufgreifen können.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank! Das war sehr nett von Ihnen. Es gibt noch zwei Wortmeldungen. Sofern es jeweils eine kurze Frage beinhaltet, würde ich vorschlagen, dass wir, Herrn Koenigs und Frau Kollegin Heinrich noch drannehmen.

Abg. **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke sehr. Zunächst habe ich an Herrn Heuss die Frage: Ist eigentlich die Hasskriminalität gegenüber Sinti und Roma in der letzten Zeit gestiegen? Und an Frau Dr. Bastians: Verfolgen Sie, wie die verschiedenen Kommunen jetzt erfolgreich etwas machen - wir haben ja sehr viel gesehen - und beziehen Sie die Bezugsgruppe ein? Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Heinrich, bitte.

Abg. **Gabriela Heinrich** (SPD): Vielen Dank. Eine Frage an Frau Dr. Bastians: Ausbeutung ist mein Stichwort. Wir haben mitbekommen, dass es ein wunderbares Geschäftsmodell ist, Abbruchhäuser pro Matratze an Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien zu vermieten und damit unheimlich viel Geld zu machen. Ein Investor sagte uns gestern, ihm würden Häuser angeboten, aber das sei kein normales Geschäftsgebaren mehr, sondern er müsste Lösegeld zahlen, um diese Häuser zu erwerben. Man kauft praktisch Häuser auf, vermietet sie matratzenmäßig an Zuwanderer, macht damit unheimlich viel Geld, und wenn jemand, der die soziale Lage dieser Menschen



verändern möchte, das Haus kaufen will, verlangt man einen ungeheuerlichen Preis dafür. Er nannte dies Lösegeld. Tut mir leid, wenn ich jetzt zur Verwirrung beigetragen habe. Es gibt eine Forderung im Papier vom Deutschen Städtetag, nämlich bessere Eingriffsrechte bei problematischen Wohnsituationen zu schaffen. Das ist eine Forderung an die Länderebene, das weiß ich. Aber könnte man diesem Problem damit begegnen?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau. Dr. Bastians.

Dr. **Uda Bastians** (Deutscher Städtetag): Vielen Dank. Herr Koenigs, natürlich verfolgen wir das weiter. Wir planen auch zusammen mit Dortmund eine Konferenz mit den betroffenen Städten über Möglichkeiten des Umgangs - was funktioniert, was nicht - durchzuführen. Der Fokus liegt in diesem fachlichen Austausch auf der Integration dieser Menschen. Das wollen die Städte unter sich machen, dass sie einfach einmal miteinander reden. In den Städten vor Ort werden die entsprechenden Organisationen durchaus eingebunden. Ich habe auch keine anderen Hinweise, dass sich das ändert. Im Gegenteil, das wird eher verstärkt.

Frau Heinrich, den Begriff Lösegeld kannte ich dafür noch nicht. In der Tat, wenn man so eine Immobilie in der Stadt hat und sich dann überlegt, wie man mit den Problemen umgehen kann, dann haben auch wir erlebt, dass einige Städte tatsächlich darum gekämpft haben, diese Immobilie zu erwerben, zu sanieren und daraus etwas Vernünftiges zu machen. Das stellt natürlich für jeden, der diese Immobilie besitzt, ein gewisses Erpressungspotenzial dar. „Naja, liebe Stadt, wenn du die Immobilie haben willst, dann bezahl dafür mal ordentlich Geld“, obwohl das Ganze eigentlich ein schrottreifes Haus ist. Diese Schwierigkeit besteht. Die Städte sind ja sehr erfinderisch. Matratzenlager kann man auch als Hotels ansehen, da es sich um richtigen Wohnraum handelt. In NRW haben wir jetzt ein paar Eingriffsbefugnisse dazubekommen. Wir würden uns wünschen, dass dieser Weg auch in anderen Ländern verfolgt werden würde, denn

dann hätte man wenigstens etwas Greifbares zum Einschreiten, und sei es nur, um diesen Menschen, die diese Matratzenlager vermieten, das Leben ein bisschen schwerer zu machen. Wenn sie zum Beispiel Brandschutzbestimmungen beachten müssten und die Behörden den Fuß in der Tür hätten, indem sie das auch überwachen dürften. Der Schutz der Wohnung ist zu Recht hoch angesiedelt, aber erschwert natürlich den Zugang zu diesen Matratzenlagern. Insofern ist das aus unserer Perspektive schon ein Schritt in die richtige Richtung, um der Probleme Herr zu werden. Wir haben da zum Teil desolate Zustände, und da muss man einfach irgendetwas machen. Aber wir brauchen Möglichkeiten, um da einzuschreiten.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Besten Dank. Herr Heuss, bitte.

Herbert Heuss (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma): Was die Hasskriminalität und die unmittelbare Kriminalität angeht, hatten wir in letzter Zeit keine Fälle von tätlichen Übergriffen. Was wir aber haben, ist ein Anwachsen von dem, was man Internetkriminalität nennt, also diese Hass-Mails, die zuletzt mit solchen Parolen kommen wie „Zurück in die Heimatländer, sonst müsst ihr die Konsequenzen“ tragen. Das erinnert sehr stark an den Bombenanschlag in Oberwart. Da hieß es, „Roma zurück nach Indien“, und unter diesem Schild war dann die Bombe verborgen, die vier Menschen das Leben gekostet hat.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Antwort. Ich möchte außerdem allen Sachverständigen für Ihr Kommen danken, und dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen und allen, die heute an dieser Anhörung interessiert teilgenommen haben, ob hier im Saal, im Internet oder über den Hauskanal. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend und schließe die heutige Sitzung.



Schluss der Sitzung: 18:00 Uhr

Michael Brand, MdB
Vorsitzender